

ROBIN WOOD

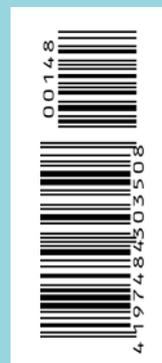
magazin

In Zukunft erneuerbar

Online-Protest:
Death by Diesel

Wald statt
Autobahn

Wilde Wälder nicht
verfeuern



Verkehr(t) im Wald



Foto: Charnoh Peepovicz

Mit dem Dannenröder Wald fielen 300 Jahre alte Mischwälder in Nordhessen dem Ausbau der Autobahn 49 zum Opfer. Weder der Status als Trinkwasserschutzgebiet noch die Proteste von Aktiven und Anwohner*innen halfen. Obwohl ROBIN WOOD bereits seit den 80er Jahren vor den Folgen des Waldsterbens warnte, fand dies keine Berücksichtigung bei der Planung der Verkehrswege. Immer noch scheint es keine Rolle zu spielen, dass Wälder wichtige Verbündete im Kampf gegen die Klimakrise sind.

Unterstützen Sie im neuen Jahr unsere Forderungen nach einer Mobilitätswende. Helfen Sie mit Ihrer Spende! Nur so können wir politischen Druck aufbauen und uns gegen eine überholte Verkehrspolitik stellen. Herzlichen Dank! Schauen Sie dafür bitte auch auf Seite 12 bis 15 dieser Ausgabe.



Wegen Corona weiter mit Abstand und Maske: Sie können diese Masken in der ROBIN WOOD-Geschäftsstelle unter info@robinwood.de bestellen

Liebe Leserinnen und Leser!

Aktiv für die Umwelt – das müssen wir gerade auch in Zeiten der Corona-Pandemie bleiben: Ob im Homeoffice bei Recherchen zu Umweltskandalen oder bei Aktionen wie gegen Castortransporte und Flughafenausbau. Natürlich coronakonform mit Maske und Abstand, wie Sie ab Seite 6 sehen können.

Wir müssen die Öffentlichkeit informieren und Druck bei den großen Konzernen machen, die gerne verbreiten, ihre Aktivitäten würden helfen Treibhausgase zu minimieren. So behauptet die Agrokraftstoff-Industrie, dass Kraftstoffe aus Pflanzenölen einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz leisten könnten. Dabei ist klar, dass der Anbau von Ölpalmen und Soja die Regenwaldzerstörung in Südostasien und Südamerika vorantreibt. Die Lebensräume zahlreicher Pflanzen- und Tierarten sind in Gefahr, die Klimakrise wird befeuert. Dennoch wird weiter Agrodiesel aus Palm- und Sojaöl dem herkömmlichen Diesel aus Mineralöl beigemischt. Das ist Wahnsinn und damit **kein Tropenwald mehr im Tank** landet, schicken Sie bitte Ihre Protest-E-Mail an die Minister*innen Julia Klöckner, Peter Altmaier und Andreas Scheuer: robinwood.de/death-diesel. Schauen Sie dazu bitte auch auf Seite 9 dieser Ausgabe.

Druck müssen wir auch weiter beim Konzern Heidelberg-Cement machen. Unsere gemeinsame Postkartenaktion an den Vorstand von HC hat gewirkt. Allerdings hat der Konzern erstmal nur seine Außendarstellung begründet. Heidelberg-Cement versucht den Anschein zu erwecken, dass sie Klimaschutz ernst nehmen, ohne ihre Unternehmenspolitik ändern

zu müssen. Zur Erinnerung: Die Produktion von Zement ist extrem klimaschädlich. Bis das Unternehmen seine umweltschädlichen Aktivitäten ändert, **zeigen wir Heidelberg-Cement weiter die Rote Karte**. Machen Sie mit und bestellen Sie die Roten Karten bei ROBIN WOOD. Mehr dazu finden Sie auf Seite 10 und 11.

Wir müssen aktiv sein, weil die Wälder weltweit in Gefahr sind. So haben die Aktiven gegen das **Roden im Dannenröder Wald** protestiert. Alte Bäume mussten weichen, um den Ausbau der A49 Platz zu machen. So kann eine Verkehrswende nicht aussehen! Mehr dazu lesen Sie bitte ab Seite 12.

Die Wälder sind auch in Gefahr, weil Deutschland und die EU planen, statt Kohle jetzt **Bäume in unseren ausgedienten Kohlekraftwerken zu verheizen**. Holz, das sowohl aus alten estnischen Wäldern als auch aus der namibischen Savanne stammt. Über diese gefährliche Entwicklung erfahren Sie mehr ab Seite 16 dieser Ausgabe.

Aber es gibt auch gute Nachrichten: Ab Seite 20 berichtet Susanne Jung vom Solarenergie-Förderverein, wie eine **Energie-wende** Erfolg haben kann, die auf Erneuerbare Energien setzt. Und dass eine dringend notwendige **Wärmewende** mit Erdwärme und klugen Ideen gerade auf kommunaler Ebene gelingen wird, lesen Sie bitte ab Seite 23.

Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung und bleiben Sie aktiv! Alles Gute wünscht Ihnen für die Magazin-Redaktion mit herzlichen Grüßen Ihre Christiane Weitzel



Foto: ROBIN WOOD

tatorte 

- 6 Bremen: Atommüll-Verschieberei stoppen!
- 7 Berlin: Energiewende nicht kentern lassen
- 8 Bremen: Keine Subventionen für Flughafen!
- 9 Machen Sie mit bei unserer Protest-Aktion: Death By Diesel

 tatort-hintergrund

Grün, Grüner ... HeidelbergCement? 10



Foto: one climate



Foto: Channah Peepovicz

verkehr 

12 Danni bleibt! Mobilitätswende statt Waldzerstörung



Foto: ELF / Karl Adami

Seite 16

wald 

- 16 Wilde Wälder schützen – nicht verfeuern!
- 20 Pelletkonzern plündert estnische Wälder
- 22 Aufgeheizt: Protest gegen Pläne, Holz aus Namibia im Kraftwerk Tiefstack zu verfeuern

Seite 26



Foto: SWLB

 **energie**

- Zerstörung made in Stuttgart: In Bangladesch soll ein neues Kohlekraftwerk gebaut werden **24**
- Mehr Mut für Erneuerbare Energie! **26**
- Auf zur Wärmewende **29**
- Gas: Brücke ins Nichts **32**

Seite 36



Foto: Ökostation Freiburg

internes 

- 35 Vermächtnisse, Impressum
- 36 ROBIN WOOD-Ausstellung:
„Papier – weniger ist mehr“

Beilagen: Zahlschein
Flyer: Die Stechpalme, Baum des Jahres 2021



Foto: ROBIN WOOD

Am Sonntag, den 1. November, protestierten Aktive von ROBIN WOOD spektakulär am Bremer Hauptbahnhof gegen den Castor-Transport, der mitten in der Corona-Pandemie von Großbritannien durch dicht besiedelte Gebiete wie Bremen nach Biblis führte

Atommüll-Verschieberei stoppen!

Bremen, 1. November 2020: Mit einer Kletteraktion am Bremer Hauptbahnhof protestierten ROBIN WOOD-Aktivist*innen gegen den CASTOR-Transport Anfang November aus Großbritannien ins Zwischenlager Biblis. Weithin sichtbar hängten sie ein fünfzehn Meter langes Banner an die Fassade des Bahnhofsgebäudes mit der Aufschrift: „Kein Plan, nur Risiko! CASTOR stoppen!“

Ende Oktober wurden die sechs CASTOR-Behälter mit hochradioaktivem Atommüll aus der Atomfabrik Sellafield in Großbritannien verschifft. In Nordenham landete die strahlende Fracht an. Von dort ging es per Zug durch dicht besiedelte Gebiete ins Zwischenlager am abgeschalteten AKW Biblis in Hessen – auch Bremen lag an der Transportstrecke.

ROBIN WOOD kritisiert diese planlose Atommüll-Verschieberei, die das Atommüll-Problem nicht löst, aber Umwelt und Bevölkerung einem beträchtlichen Risiko aussetzt. Noch im Frühjahr war der Transport aufgrund der Corona-Pandemie kurzfristig abgesagt worden, nun aber fand er – trotz aktuell höherer Fallzahlen – statt.

Die Rücktransporte des ursprünglich aus Deutschland stammenden Atommülls aus den so genannten Wiederaufbereitungsanlagen in Frankreich und England finden statt,

bevor geklärt ist, wo der Müll auf Dauer gelagert werden kann. Dadurch entstehen mehr Transporte, als unbedingt notwendig wären. Zudem sind die Sicherheitsvorkehrungen in sogenannten Standort-Zwischenlagern unzureichend. Unter anderem fehlt im Zwischenlager Biblis die Möglichkeit, beschädigte CASTOR-Behälter zu reparieren.

Trotz des ungelösten Problems mit der Beseitigung des Atommülls sind hierzulande noch immer sechs Atommeiler am Netz: Brokdorf, Grohnde, Emsland, Isar, Neckarwestheim und Gundremmingen. Sie produzieren Tag für Tag mehr hochradioaktiven Atommüll – pro Jahr summiert sich dies auf deutlich mehr als 200 Tonnen. Die Urananreicherungsanlage in Gronau und die Brennelementefabrik in Lingen besitzen zudem eine unbefristete Betriebserlaubnis und beliefern Atommeiler weltweit mit neuem Brennstoff.

Gegen die unnötigen und gefährlichen Atomtransporte hat sich 2019 das bundesweite Bündnis „Castor stoppen“ gegründet, zu dem auch ROBIN WOOD gehört. Bis 2024 sind drei weitere Transporte hochradioaktiver Brennelemente aus Frankreich und England angekündigt – auch gegen diese wird deutlicher Protest erwartet.

Energiewende nicht kentern lassen

Berlin, 30. Oktober 2020: Ein Bündnis aus Umweltverbänden begleitete die erste Lesung zur Novelle des Erneuerbaren-Energie-Gesetzes im Bundestag auf der Reichstagswiese mit einer bildstarken Protestaktion. Merkel und Altmaier, hier ausgerüstet mit winzigen Windrädern und Solarmodulen, standen Aktivistinnen und Aktivisten mit großen Solarpaneelen und bis zu drei Meter hohen Windrädern gegenüber. Die EEG-Novelle, die schon am 1.1.2021 das alte EEG ersetzte, reicht bei weitem nicht aus, um der Klimakrise zu trotzen. Der geplante Ausbau von Sonnen- und Windkraft ist zu niedrig ausgelegt.

Kanzlerin Merkel und Wirtschaftsminister Altmaier verschleppen die Energiewende. ROBIN WOOD forderte zusammen mit Campact, der Deutschen Umwelthilfe, den NaturFreunden Deutschlands, dem Umweltinstitut Mün-

chen und dem WWF Deutschland einen dreimal so hohen Ausbau von Solar- und Windenergie. Mit dem im Entwurf geplanten Ausbau der Photovoltaik um fünf Gigawatt und der Windenergie um 3,7 Gigawatt wird das Klimaziel des Pariser Klimaabkommens nicht erreicht.

Das Bündnis kritisierte in diesem Zusammenhang, dass das Wirtschaftsministerium mit einem zu geringen Energiebedarf kalkuliert. Der steigende Strombedarf im Verkehrs- und Wärmebereich wird nicht mit eingerechnet. Neben der Verdreifachung der Ausbauziele sehen die Umweltverbände einen Abbau der finanziellen und bürokratischen Hürden für die Bürgerenergie als zentral an.

Mittlerweile ist EEG-Novelle 2021 vom Bundestag beschlossen und zum Jahreswechsel in Kraft getreten.



Foto: ROBIN WOOD

Am 30. Oktober setzten sich Aktive von ROBIN WOOD gemeinsam mit einem Bündnis von Umweltverbänden vor dem Kanzleramt für ein neues Erneuerbaren-Energie-Gesetz ein, das einen dreimal so hohen Ausbau von Wind- und Solarenergie vorsieht, wie von der Regierung geplant

Keine Subventionen für Flughafen!

Bremen, 16.12.2020: Der Bremer Flughafen ist ein Eigenbetrieb der Stadt. Was zur Folge hat, dass Bremen für seine chronischen Defizite aufkommen muss. Weil das EU-Beihilferecht aber keine direkten Subventionen mehr erlaubt, trickste der Senat schon vor der Pandemie und übernahm Ende 2019 die Flughafen-Feuerwehr. Die Kosten für die Feuerwehr werden auf rund 4,2 Millionen Euro pro Jahr beziffert. Der Erhalt eines defizitären Regionalflughafens ist klima- aber auch fiskalpolitischer Irrsinn, denn diese Mittel werden dringend für die sozial-ökologische Mobilitätswende gebraucht.

Corona und der damit drastische Einbruch der Fluggastzahlen hat dem Bremer Flughafen endgültig die wirtschaftliche Grundlage entzogen. Die Stadt Bremen wird dies im laufenden Jahr voraussichtlich etwa 28 Millionen Euro

kosten. Zusätzlich gibt es einen „Investitionsstau“, der auf ca. 80 Millionen Euro beziffert wird. Weil sich bisher keine Partei öffentlich traute, der Wahrheit ins Auge zu sehen, verbrannten Bremer ROBIN WOOD-Aktive gemeinsam mit dem „KlimaNetzwerk Bremen“ um fünf vor 12 Uhr vor dem Tagungsort der Landesregierung öffentlich (symbolisches) Geld. Das sollte eindrücklich zeigen, was ein weiteres Festhalten am Flughafen bedeuten wird.

Da die Aktivist*innen just am ersten Tag des verschärften Lockdowns keinen direkten Kontakt zu den Abgeordneten haben durften und wollten, formulierten sie ihre Argumente ausführlicher in Form eines offenen Briefes, den sie ein paar Tage später an die lokale Presse, Abgeordnete, Regierung und Flughafen verschickten.

Werner Berendt, ROBIN WOOD-Regionalgruppe Bremen



Aktive von ROBIN WOOD und dem KlimaNetzwerk Bremen demonstrierten am 16. Dezember mit einer symbolischen Geldverbrennung vor dem Bremer Senat gegen die Subventionierung des klimaschädlichen, seit Jahren defizitären Bremer Regionalflughafens

Aktiv werden? – ROBIN WOOD im Überblick

Darum geht's: Mit kreativen Aktionen und klaren Forderungen mischt sich ROBIN WOOD öffentlichkeitswirksam in politische Debatten ein und streitet für eine umweltverträgliche und sozial gerechte Gesellschaft. Die Kampagnen-Schwerpunkte von ROBIN WOOD liegen in den Bereichen Wald, Tropenwald, Klima, Energie und Mobilität. Bundesweit organisieren sich ROBIN WOOD-Aktive in zahlreichen Regionalgruppen, siehe auch robinwood.de/ Regionalgruppen. Dort, wo es keine Gruppen gibt, sind Neugründungen möglich. Die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg unterstützt die lokalen Gruppen bei fachlichen Fragen, Recherche, Aktionsvorbereitung und Pressearbeit

und übernimmt Verwaltungsaufgaben. Über die wichtigen Anliegen des Vereins entscheiden die ehrenamtlich Aktiven basisdemokratisch.

Die themenspezifische Arbeit erfolgt überregional in Fachgruppen, unterstützt durch hauptamtliche Kräfte. Ziele, Inhalte und Forderungen der Aktivitäten im Fachgebiet werden dort diskutiert und im Konsens beschlossen.

Weitere Informationen über ROBIN WOOD gibt es im Internet unter www.robinwood.de. Kontakt: ROBIN WOOD-Bundesgeschäftsstelle, Bremer Str. 3, 21073 Hamburg, 040 3808920, info@robinwood.de

NotInMyTank

Machen Sie mit bei unserer Protest-Aktion: Death By Diesel

18. Januar 2021: Zum Start des Kongresses „Kraftstoffe der Zukunft“ forderte ROBIN WOOD ein schnelles Aus für Kraftstoffe aus Pflanzenölen sowie eine konsequent sozial-ökologische Verkehrswende. Industrieverbände veranstalteten – unter der Schirmherrschaft von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer – diesen Kongress, um Absatzmärkte für Agrokraftstoffe zu sichern und auszubauen.

Zum 30. Juni 2021 muss die Bundesregierung die europäische Erneuerbare-Energien-Richtlinie (RED II) in deutsches Recht umsetzen. Ein vom Bundesumweltministerium im Herbst 2020 vorgelegter Gesetzesentwurf sieht im Verkehrssektor eine Minderungsquote von 22 Prozent für Treibhausgas bis zum Jahr 2030 vor.

Die Agrokraftstoff-Industrie behauptet, dass Kraftstoffe aus Pflanzenölen einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung dieses Ziels leisten könnten. Der Anbau von Ölpalmen und Soja treibt die Regenwaldzerstörung in Südostasien und Süd-

amerika voran. Die Lebensräume zahlreicher Pflanzen- und Tierarten sind in Gefahr, die Klimakrise wird befeuert.

Die wachsende Nachfrage nach Agrodiesel aus Palm- und Sojaöl erhöht den Druck auf die globale landwirtschaftliche Nutzfläche und verstärkt damit direkt und indirekt die Entwaldung in den Anbauländern. Agrodiesel aus Palmöl ist dreimal klimaschädlicher als fossiler Diesel. Sojadiesel ist etwa doppelt so klimaschädlich. Dennoch wird Agrodiesel dem herkömmlichen Diesel aus Mineralöl beigemischt – um ihn vermeintlich klimafreundlicher zu machen. Das ist Wahnsinn und wir müssen gemeinsam diese Pläne stoppen!

Damit kein Tropenwald mehr im Tank landet: Bitte schicken Sie Ihre Protest-E-Mails an die Minister*innen Julia Klöckner, Peter Altmaier und Andreas Scheuer: robinwood.de/death-diesel

Bitte unterstützen Sie die gemeinsame Kampagne von ROBIN WOOD und der Deutschen Umwelthilfe gegen Palmöl im Tank. Herzlichen Dank!

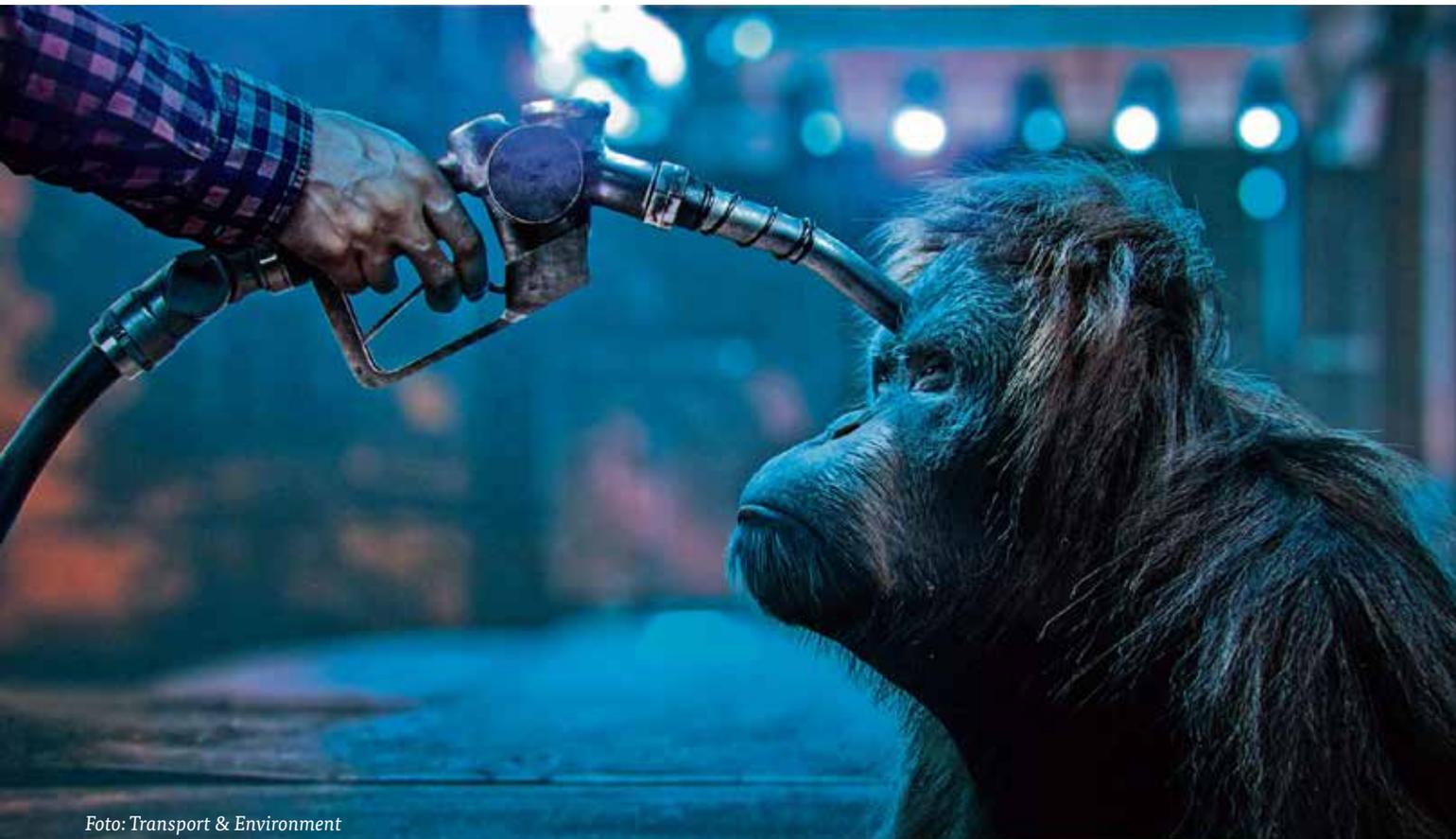


Foto: Transport & Environment



Foto: ROBIN WOOD

Heidelberg, 4. Juni 2020: ROBIN WOOD, Watch Indonesia! und unsere Partner*innen in Indonesien forderten vor der Konzernzentrale von HeidelbergCement sämtliche Pläne für den Bau eines Zementwerkes am Kendeng-Gebirge in Indonesien JETZT einzustellen. Bitte unterstützen Sie uns weiter dabei!

Grün, Grüner ... HeidelbergCement?

In der Magazinausgabe Nr. 146/3.2020 hatten wir Sie um Unterstützung für unsere Kampagne gegen HeidelbergCement gebeten. Der deutsche Konzern plant, eine neue Zementfabrik zu bauen und dafür im javanischen Kendeng-Gebirge Kalksandstein abzubauen. Viele von Ihnen haben Postkarten bestellt, um beim Konzernvorstand dagegen zu protestieren. Ihre Postkarten wirken! Der Vorstand von HeidelbergCement sah ein, dass ein grünes Image für das DAX Unternehmen dringend erforderlich ist ... Leider pinselte er nur grüne Farbe auf sein durch und durch umwelt-, klimaschädliches und unsoziales Unternehmen und unternahm keinen Schritt zu einer tiefgreifenden sozial-ökologischen Transformation.

Schenkt man dem auf grün getrimmten Newsletter von HeidelbergCement Glauben, gibt es kein anderes Konzernziel als Klimaneutralität. Und das bis 2050 ... echt jetzt? Zur Erinnerung: Die Produktion von Zement ist extrem klimaschädlich. Der heimliche Klimakiller verursacht acht Prozent der weltweiten schädlichen CO₂-Emissionen. ROBIN WOOD sieht dringenden Handlungsbedarf und wird weiter aktiv!

HeidelbergCement gab im November 2020 stolz bekannt, dem Förderkreis der Stiftung 2° beigetreten zu sein. Die Stiftung bekennt sich zu dem Ziel, die durchschnittliche globale

Erderwärmung auf deutlich unter 2° Celsius zu beschränken. Es bleibt bei diesem Bekenntnis. Wirksame Maßnahmen, um die Ziele des Pariser Klimaabkommen von 2015 umzusetzen, fehlen. Der Förderkreis ist ein Konsortium einiger der klimaschädlichsten Unternehmen Deutschlands. Sie versuchen den Anschein zu erwecken, dass sie Klimaschutz ernst nehmen, ohne ihre Unternehmenspolitik ändern zu müssen.

Mitte Dezember 2020 hat HeidelbergCement dann in Sachen Greenwashing nochmal nachgelegt. Das Unternehmen gab bekannt, eine sogenannte CO₂-Abscheideanlage in einem seiner Werke zu bauen. Damit soll CO₂ eingelagert werden. Die Anlage im norwegischen Brevik solle 2024 in Betrieb genommen werden. Ziel sei eine CO₂ Reduktion der Emissionen um 50 Prozent.

Ein Tropfen auf den heißen Stein, denn HeidelbergCement unterhält weltweit an 3.000 Standorten Unternehmen, davon 91 Zementwerke. Die Emissionen der Zementproduktion insgesamt würden mit der Abscheidetechnik ab dem Jahr 2024 um lediglich 0,46 Prozent reduziert. Das ist wahrlich kein großer Wurf. Warum wird diese tolle Weltneuheit nur in einem der 91 Werke gebaut und nicht gleich in allen? Die Antwort klammert HeidelbergCement aus, dabei ist sie so offensichtlich: Die Technologie, das CO₂ sicher einzulagern, gilt als aufwändig, teuer und vor allem zu unsicher. Es

drohen die Versauerung und Verunreinigung des Grundwasser bei Lecks und Lebensgefahr für alle in der Nähe der Lecks. In Deutschland ist die Einlagerung von CO₂ verboten.

Die glorreich präsentierte Lösung ist nicht im Ansatz geeignet die hohen Emissionswerte des Zementherstellers HeidelbergCement zu reduzieren. HeidelbergCement ist und bleibt einer der weltweit schlimmsten Klimasünder. Zum Vergleich: Wenn alle Unternehmen bis 2050 eine Klimabilanz wie HeidelbergCement hätten, würde sich das Klima laut der #WhatIf-Studie des Beratungsunternehmens Right um 10,7° Celsius erwärmen.

Nicht nur die Klimaschädlichkeit der Produktion von Zement, Beton und Zuschlagstoffen ist ein Problem. Das Gewicht der Menschen gemachten Masse überholt gerade zum ersten Mal das der Biomasse der Welt. Zement macht dabei den Löwenanteil aus, wie eine Studie israelischer Wissenschaftler*innen aus dem Dezember 2020 ergab.

Während HeidelbergCement hektisch grüne Farbe auf seine miserable Klimabilanz pinselt und auf ein überholtes Geschäftsmodell setzt, kümmert das Unternehmen sich keinen Deut um seine Sünden auf der ganzen Welt:

- In den USA bot der ehemalige Vorstandsvorsitzende von HC Bernd Scheifele an, dem ehemaligen amerikanischen Präsidenten Trump beim Bau seiner Mauer an der mexikanischen Grenze zu helfen. Ein Zementwerk sei ja in der Nähe.
- Die Tochterfirma „Ciments du Maroc“ ist in der Westsahara und damit in einem völkerrechtlich umstrittenen Gebiet aktiv. Damit nutzt der Konzern die ungeklärten territorialen Verhältnisse für seinen Profit und lässt die lokale Bevölkerung leer ausgehen.
- Ähnliches passiert im Westjordanland, in dem der Profit trotz ungeklärter Konflikte um das Land ausschließlich Israel zugute kommt. Gerade erst im November 2020 blockierten Klimaaktivist*innen drei Stunden einen



HeidelbergCements Sünden weltweit: Im Westjordanland protestierten Klimaaktivist*innen gegen die Erweiterung des Steinbruchs

Steinbruch und protestierten damit gegen dessen Erweiterung, der sich in einem von Israel besetzten palästinensischen Gebiet befindet.

- In Indonesien drohen Kleinbäuer*innen ihre Anbauflächen zu verlieren. Ihre Trinkwasservorräte sowie Gebiete von hoher spiritueller Bedeutung für die indigenen Samin und das artenreiche Ökosystem der Region sind in Gefahr. Die betroffenen Gemeinden reichten im September 2020 eine OECD-Beschwerde beim deutschen Bundeswirtschaftsministerium ein, die beim Redaktionsschluss noch bearbeitet wurde.

Unser Fazit lautet in Anlehnung an das firmeninterne Motto: ECHT katastrophal! – STARK klimaschädlich! – GRÜN washing! Wir zeigen HeidelbergCement die Rote Karte! Solange deutsche Unternehmen wie HeidelbergCement im Ausland Umweltschäden verursachen und Menschenrechtsverletzungen begehen, müssen sie zur Verantwortung gezogen werden! Dafür bleiben wir am Ball und entlarven den grünen Anstrich.

Machen Sie mit: Rote Karte für HeidelbergCement!

Zeigen wir HeidelbergCement die Rote Karte! Bestellen Sie in der ROBIN WOOD-Geschäftsstelle unter info@robinwood.de die Postkarte rechts. Senden Sie die Rote Karte an den Vorstand von HeidelbergCement und unterstützen Sie damit unsere gemeinsamen Forderungen: Der Konzern muss seine klimaschädlichen und menschenverachtenden Projekte in aller Welt beenden und sein Unternehmen sozial und ökologisch umbauen!





Fotos: Channah Peepovicz

Danni bleibt!

Mobilitätswende statt Waldzerstörung

Der Dannenröder Wald ist längst geräumt: der letzte Baum auf der geplanten A49-Trasse fiel am 8. Dezember 2020, kurz nach Nikolaus. In einer enormen Geschwindigkeit und mit dem Gewalt und Härte wurde die Trasse für die A49 geräumt und gerodet.

Der Dannenröder Wald, kurz Danni, ist damit bundesweit zu einem Symbol geworden:

- für eine verfehlte Verkehrspolitik, die nicht auf der Höhe der Zeit ist, an jahrzehntealten Plänen festhält und dabei neue Erkenntnisse aus der Wissenschaft ignoriert,
- des Auseinanderfallens von Klimabewegung und den Grünen, die bis dahin von hohen Zustimmungswerten durch breite zivilgesellschaftliche Klimaproteste profitiert hatten,
- eines Polizeieinsatzes, der erhebliche Gefahren für die körperliche und seelische Unversehrtheit aller Beteiligten in Kauf nahm und dringend juristisch und parlamentarisch aufgearbeitet werden muss.

Aber der Danni ist auch zu einem Symbol des stärker werdenden Kampfes für eine sozial-ökologische Mobilitätswende geworden. Er wurde Symbol einer Utopie des solidarischen Zusammenlebens, das weit über die Grenzen Hessens hinaus ein Zeichen der Inspiration und Hoffnung gesendet hat.

ROBIN WOOD war kurz vor Ende der Räumung noch einmal im Danni. Die Räumung der letzten Baumhäuser war auch für uns mit viel Schmerz verbunden. Die Schneise der Verwüstung war schwer zu ertragen. Doch viele Menschen, die wir vor Ort trafen, ob Waldbesetzer*innen oder Anwohner*innen, machten auch klar, dass der Kampf um den Danni und die Baum-

häuser erst der Anfang waren. Vielen ist bewusst geworden, dass es nicht nur um Wälder, sondern um ein ganz anderes Mobilitätssystem geht, für das wir uns gemeinsam einsetzen.

Der Protest gegen Autobahn- und andere umweltschädliche Verkehrsinfrastrukturprojekte steht in einer langen Tradition, ob nun gegen die Startbahn West, Stuttgart21, die Fehmarnbeltquerung oder die A100 in Berlin. Doch im Zuge der Proteste im Dannenröder Wald ist ein neues Bewusstsein dafür entstanden, dass wir unsere Lebensgrundlagen nicht einem veralteten Verkehrssystem opfern dürfen – über lokale Interessen hinaus.

Verschiedenste Gruppierungen haben sich in kürzester Zeit den vielfältigen Protesten um den Erhalt des Dannenröder Waldes und gegen den Ausbau der A49 angeschlossen: von Bürgerinitiativen, die seit 40 Jahren gegen die A49 aktiv sind, über ein breites Spektrum von Umweltverbänden, dem Bündnis Ende Gelände und neuen Klimagerechtigkeitsgruppen, radikale und zumeist junge Waldbesetzer*innen, bis hin zu

Kindergruppen, Parents For Future und sogar einer Ü60-Blockadegruppe. Das gibt Hoffnung, dass eine synergetische Zusammenarbeit trotz vielfältiger Differenzen möglich ist, und wir gemeinsam mit einer breiten Diversität an Taktiken viel erreichen können.

Auch wenn die Schneise im Danni nun gerodet ist, haben viele Gruppierungen klar gemacht, dass sich die Automobil- und Straßenbaulobby auf weitere Wellen des Protests gefasst machen müssen. Denn noch ist der A49-Abschnitt durch den Danni nicht ausgebaut, noch sind die wertvollen ökologischen Flächen nicht versiegelt, noch ist das Trinkwasserschutzgebiet intakt.

Der tatsächliche Ausbau der A49 durch den Danni, der am 1. September 2021 starten soll, bietet also noch viel Potential für Protest. Es wird bereits ein Klimacamp für das Frühjahr geplant, in dem eine stärkere Vernetzung und ein gegenseitiges Lernen von Menschen und Gruppen angestoßen werden soll, die sich für eine Mobilitäts- und Infrastrukturwende einsetzen.

Bei den Protesten im Dannenröder Wald geht es nicht nur um den Erhalt von Flora und Fauna, sondern um ein anderes und besseres Mobilitätssystem





Foto: Stephan Röhl



Foto: Channah Peepovicz

Die Proteste sind vielfältig und werden nicht aufhören, bis eine echte Mobilitätswende erreicht ist

Zielen des Pariser Klimavertrages und dem deutschen Klimaschutzplan. Er ignoriert weitere Umweltziele der Bundesregierung, wie die Reduktion der Feinstaub- und Stickstoffoxidbelastung oder des Flächenverbrauchs.

Was bisher für wenig öffentliche Aufmerksamkeit gesorgt hat, könnte nun dank der Proteste in und um den Danni endlich ein Thema werden, dem sich auch die Parteien im diesjährigen Bundestagswahlkampf annehmen müssen. Denn wir haben nicht mehr viel Zeit, um die Erderwärmung auf 1,5°C zu begrenzen und unsere Lebensgrundlagen wie Trinkwasser und saubere Luft zu schützen. Spätestens durch die vielfältigen Proteste um den Danni ist vielen Menschen klar geworden: Verkehrswende kann nicht einfach eine Umstellung auf E-Antrieb oder ein paar mehr Umweltzonen in Innenstädten bedeuten.

Die Mobilitätswende, die wir fordern, ist radikal – im originären Wortsinn: Sie geht an die Wurzel des Problems. Das System Auto mit seinen hohen Emissionen, seiner Flächenversiegelung und seinem hohen Naturverbrauch muss überwunden werden! Jeder weitere Kilometer Autobahn kann dieses Ziel nur konterkarieren. Der Anti-Autobahn-Protest muss deshalb weiter gehen! „Keine neue Autobahn, nirgendwo!“ – weder auf dem Land noch in der Stadt.

Dominique Just, ROBIN WOOD-Mobilitätsreferentin



Foto: Channah Peepovicz

Gleichzeitig schöpfen viele Bürgerinitiativen und Gruppen an anderen Orten aus der Erfahrung im Danni Hoffnung, da ihre lokalen Kämpfe gegen Autobahnausbauprojekte nun mehr mediale Öffentlichkeit, aber auch Aufmerksamkeit durch die Klimabewegung erfahren. Aktuell vernetzen sich das „Wald Statt Asphalt“-Bündnis und andere Initiativen, die bundesweite Unterstützung für die Danni-Proteste organisiert hatten, mit lokalen Anti-Autobahn-Initiativen. Dabei wird klar: Die Mobilitätswende wird an vielen Orten gleichzeitig erkämpft. Die lokalen Proteste bekom-

men aktuell viel Unterstützung, ob im Fall der Proteste gegen die Hafendammung in Hamburg, die A21 südlich von Kiel, die A44 im Lossetal oder die Küstenautobahn A20 bei Oldenburg. Es scheint, als würde eine bundesweite Bewegung, die an vielen Orten gleichzeitig agiert, zusammenwachsen.

Das ist auch bitter nötig: Im sogenannten Bundesverkehrswegeplan ist vorgesehen, dass bis 2030 noch 850 Kilometer Fernstraßen neu gebaut und tausende Kilometer ausgebaut werden sollen! Der Bundesverkehrswegeplan 2030 ist damit nicht konform mit den



Foto: Channah Peepovicz

Unterstützen Sie bitte als erste gute Tat im neuen Jahr unsere Forderungen nach einer Mobilitätswende. Helfen Sie mit Ihrer Spende! Nutzen Sie dafür auch gerne den beiliegenden Zahlschein.

Nur so können wir politischen Druck aufbauen und uns gegen überalterte Verkehrspläne stellen. In Zeiten der Klimakrise brauchen wir keine neuen Fernstraßen, die Wälder und Biotope zerschneiden, sondern Ihre Hilfe für eine Verkehrswende der Zukunft. Dafür kämpfen wir gewaltfrei gemeinsam.

Herzlichen Dank!

Wilde Wälder schützen – nicht verfeuern!

In den bereits umgewandelten Kohlekraftwerken in Europa wird überwiegend Holz aus Großbritannien, dem Südosten der USA und dem Baltikum, wie hier im Bild aus den estnischen Wäldern, verbrannt

Foto: ELF /Karl Adami

Mitte des 19. Jahrhunderts waren die westeuropäischen Wälder fast vollständig verschwunden, weil ihr Holz fürs Heizen und Kochen notwendig war. Als dann Kohle als Energiequelle entdeckt wurde, verlangsamte dies die Rodung der Wälder. Die Industrialisierung begann. Der Energiebedarf schnellte in die Höhe und mit der zunehmenden Nutzung fossiler Energieträger wurde die Erderwärmung befeuert. Knapp 200 Jahre später und angesichts der Klimakrise soll Holz nun als Energieträger den Klimakiller Kohle im großen Stil ablösen.

Die Zeit der Kohle ist vorbei. Um die Klimakrise zu bekämpfen, müssen wir jetzt aus allen fossilen Energien aussteigen. Doch statt konsequent und schnell den Aufbau einer erneuerbaren, ökologischen und sozial gerechten Ener-



Wilde, alte Wälder, die Lebensraum für viele seltene Tier- und Pflanzenarten sind, werden für die Energiegewinnung aus Holz zerstört

gieversorgung zu fördern, schieben Industrie und Politik den Kohleausstieg künstlich nach hinten und setzen auf schädliche Scheinlösungen. Eine der fatalsten falschen „Lösungen“: Großkraftwerke könnten statt mit Kohle mit unseren Wäldern befeuert werden. Das Verbrennen von Holz könnte bald auf Bundes- und EU-Ebene gefördert werden.

Verbrannt werden nicht unsere Holzabfälle, sondern die alten wilden Wälder der Welt

Diejenigen, die das Verbrennen von Holz-Biomasse befürworten, behaupten gerne, dass hauptsächlich Abfallprodukte wie Rindenmulch, Reisig oder schadhafte Holz aus Dürre Jahren in den Kraftwerken landen würden. Doch das ist schlichtweg falsch!

In Ländern wie Dänemark und Belgien wird die Holz-Biomasseverbrennung stark subventioniert, um so die gesteckten Ziele für Erneuerbare Energien zu erreichen. In den bereits umgewandelten Kraftwerken im europäischen Ausland wird zur Zeit überwiegend Kernholz aus Großbritannien, dem Baltikum und dem Südosten der USA verbrannt. Dies ist zum einen der größeren Rentabilität geschuldet, die über Kernholz erzielt werden kann. Zum anderen sind die Kraftwerke tech-

nisch schlichtweg nicht dafür ausgelegt, Holz mit hohem Borkenanteil wie Rindenmulch und Reisig zu verfeuern. Der aktuelle Holzüberschuss aus den letzten drei Dürresommern wäre zwar geeigneter – würde aber in kürzester

Stand der Dinge auf EU-Ebene:

- Die neue Europäische Biodiversitätsstrategie und die darauf aufbauende Europäische Waldstrategie, die Anfang dieses Jahres für die nächsten 10 Jahre verabschiedet werden soll, eröffnet den Weg, Nachhaltigkeitskriterien für die Nutzung von Holz-Biomasse zu erarbeiten.
- Bereits jetzt ist Holz-Biomasse kategorisiert als eine der sogenannten RES Sources (Renewable Energy Sources = nachhaltige Energiequellen) zur Energieerzeugung.
- Am 20. November 2020 hat die EU-Kommission den Entwurf für ein Gesetz veröffentlicht, das regeln soll, welche Wirtschaftssektoren als nachhaltig gewertet werden können. Der Entwurf sieht vor, dass auch das Verbrennen von Biomasse als „nachhaltig“ gelten könnte. Bis Mitte Dezember stand der Entwurf zur Konsultation. Eine Verabschiedung des Gesetzes entsprechend des Entwurfes wäre eine Katastrophe für unsere Wälder und würde eine Beschleunigung des Klimawandels und des Artensterbens bedeuten. Das Gesetz wäre für alle Mitgliedstaaten bindend.

Stand der Dinge auf Bundesebene:

- Die Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes wurde im Bundestag verabschiedet. Im Gesetz sind höhere Ausschreibungsvolumen für aus Biomasse erzeugtem Strom vorgesehen. Auch soll biomassebasierter Strom in Zukunft höher vergütet werden können. Dabei geht es um den Einsatz von Energiepflanzen, Gülle oder Bioabfall in Biogasanlagen – aber auch um die Verbrennung von Holz. Bisher hatte sich das Verbrennen von Holz-Biomasse auf Grund der geringeren Rentabilität gegenüber Gas nicht gelohnt.
- Bis Ende 2020 wollte die Bundesregierung die Verordnung zur Förderung für Erneuerbare Wärme fertigstellen. Der Verbrennung von Holz-Biomasse könnten darüber größere Subventionen zuteil werden.
- Im Rahmen des Kohleausstiegs-gesetzes soll ein Förderprogramm zur Umrüstung von Kohlekraftwerken auf Gas oder Biomasse aufgelegt werden.

Zeit verbrannt sein. Danach müsste für die restliche, beträchtliche Laufzeit der umgerüsteten Kohle-Kraftwerke speziell für die Energiegewinnung Holz geschlagen werden. Aus Waldnatur-schutzperspektive wäre es ohnehin wünschenswert, den größten Teil des Dürreholzes als Schatten-, Feuchtigkeits- und Nährstoffspender, Erosions- und Verbissschutz und als Lebensraum für unzählige Totholzarten auf den Flächen zu belassen.

Großkraftwerke auf Holz-Biomasse umzurüsten würde eine gigantische Nachfrage nach Holz bedeuten. Allein das Kraftwerk Wilhelmshaven würde jährlich bis zu drei Millionen Tonnen Holzpellets verbrennen. Das entspricht der gesamten Menge an Holzpellets, die derzeit in Deutschland produziert werden.

Das Verbrennen unserer Wälder ist eine Katastrophe für Klima und Artenvielfalt!

Das meiste Holz für die europäischen Großkraftwerke stammt von dem weltweit größten Pelletunternehmen Enviva. Das Unternehmen betreibt derzeit neun große Pelletwerke im

Südosten der USA und baut seine Produktion kontinuierlich aus. Mit großen Kahlschlägen in den artenreichen und zum Teil nahezu unberührten Laubholz-Küstenwäldern im Südosten der USA, wird der Lebensraum für eine große Anzahl von Pflanzen, Amphibien und anderen Arten unwiederbringlich zerstört. Die Wälder befinden sich in einem weltweit einzigartigen Biodiversitäts-Hotspot. Etwa 30 Prozent der in dieser Region beheimateten Pflanzenarten sind endemisch, also weltweit ausschließlich dort beheimatet. Enviva betrachtet Deutschland als einen riesigen neuen Markt. Bereits jetzt treffen sich hohe Repräsentant*innen des Unternehmens mit deutschen Regierungsvertreter*innen.

Auch in den baltischen Staaten ist durch die wachsende Nachfrage nach Biomasseenergie der Holzeinschlag in den letzten Jahren deutlich intensiver geworden. In Estland hat er sich seit 2008 fast verdreifacht und Lettland verzeichnete im vergangenen Jahr das höchste Holzeinschlagvolumen seit 2000. In den baltischen Staaten rodet Europas größter Pelletproduzent Granul Invest die Wälder (lesen Sie dazu auch den Artikel ab Seite 20 in diesem

Magazin). Auch aus den wertvollen Buchen-Urwäldern in Rumänien landet immer mehr Holz in Pelletform auf dem deutschen Markt.

Intakte Wälder sind für unser Klima unersetzlich. Sie binden Unmengen an CO2 und mildern lokal wie global die Auswirkungen des Klimawandels. Größere Einschlagsmengen würden weltweit Waldökosysteme schwächen oder zerstören und deren Funktionen für Klimaschutz und Artenvielfalt beeinträchtigen.

Anders als häufig behauptet, ist das Verfeuern von Holz-Biomasse im großen Stil nicht klimaneutral: Die Kohlenstoffemissionen aus energetischer Holz-Nutzung wieder zu binden, dauert viele Jahrzehnte, wenn nicht gar Jahrhunderte, denn ein Wald wächst langsam. Die intensive Bewirtschaftung der jungen Folgewälder würde das Anreichern von langfristigen CO2-Senken in dicken Humusschichten nahezu ausschließen.

Bereits 2018 haben 800 Wissenschaftler*innen aus der ganzen Welt in einem offenen Brief an die Europäische Union gewarnt: „Die Verwendung von Holz, das gezielt für die Verbrennung geerntet wird, würde den Kohlenstoff in der Atmosphäre und die Erwärmung der Erde für Jahrzehnte oder gar Jahrhunderte erhöhen, wie viele Studien gezeigt haben. Selbst dann, wenn das Holz Kohle, Öl oder Erdgas ersetzt“. Ähnliche Warnungen wurden vom Beirat der Europäischen Akademien der Wissenschaften herausgegeben. Holz mit Nachhaltigkeitszertifikat sei in der Klimabilanz nicht besser, wie die Wissenschaftler*innen betonen.

Die weiteren wertvollen Leistungen des Waldes, wie Erholung, Medizin, Rohstoff für langlebige Holzprodukte, Schutz vor Überschwemmungen und Lawinen und vieles mehr, würden mit der Abholzung der Wälder zerstört – und werden bisher nicht in der Rechnung veranschlagt. Die Einzigen, die vom Wechsel von Kohle auf Holz profitieren würden, sind die großen Energiekonzerne, da sie weiter nichts an ihrer Stromproduktion ändern müssten.



Foto: Biofuelwatch

Gegen die fatale Entwicklung, Großkraftwerke statt mit Kohle nun mit Wäldern zu befeuern, wachsen weltweit die Proteste



Foto: Nuno Forner

Großkraftwerke auf Holz-Biomasse umzurüsten bedeutet eine gigantische Nachfrage nach Holz zu schaffen, wie im Bild vom Fundão Biomassekraftwerk in Portugal zu sehen ist

Holz-Biomasseimport als Fortführung kolonialer rassistischer Traditionen

In den USA existieren Berichte aus den betroffenen Regionen, in denen Enviva Wälder rodet und Pelletfabriken besitzt, dass das Unternehmen überwiegend schwarze Gemeinden ausbeutet und ihnen einen Aufschwung durch eine grüne Energie-Industrie verspricht. Als Ergebnis bleiben den Gemeinden am Ende zerstörte Wälder und eine nachweisbare Luftverschmutzung. Und ganz in der rassistischen Tradition sind die Bundesstaaten, in denen abgeholzt und produziert wird, mit den ehemaligen Baumwollhandelsstaaten identisch.

Ein weiteres Beispiel für die Fortführung kolonialer Traditionen ist die geplante Umstellung des Hamburger Kraftwerks Tiefstack auf Holz-Biomasse-Verbrennung. Hier wird aktuell geprüft, ob Buschholz aus Namibia genutzt werden könnte. Neben den katastrophalen Folgen für das Klima und die Artenvielfalt, würden so wieder einmal Rohstoffe eines Landes im globalen Süden ausgebeutet und dort

der Klimabilanz negativ angerechnet, während im globalen Norden ein Land profitiert. Auch in Namibia sind es in der Mehrzahl die weißen Großgrundbesitzenden, die ihre Weidewirtschaft erweitern können, die überhaupt erst zu einer Zerstörung der Savanne und einer Zunahme der Büsche führte. Das Projekt wird zu allem Überfluss als ein Beitrag zur Wiedergutmachung des Genozids an den Herero und Nama gepriesen. Die Stadt Hamburg war für diesen Genozid mitverantwortlich (mehr zu den Plänen für das Kraftwerk Tiefstack auf Seite 23).

EU-Politik auf dem Holzweg: Biomassaker Stopp!

Jetzt ist es an der Zeit, EU-Politiker*innen ganz klar zu sagen: Wir dürfen das Energiesystem nicht auf den Holzweg geraten lassen! Das Verbrennen von Holz zu Zwecken der Energiegewinnung ist eine Katastrophe. Stattdessen brauchen wir jetzt eine erneuerbare und ökologische Versorgung mit Wärme und Strom! Deswegen rufen wir EU-Entscheidungsträger*innen und EU-Mitgliedsstaaten dazu auf:

- Subventionen und andere Anreize für das Verbrennen von Waldholz zu beenden und sich für emissionsarme und erneuerbare Energiequellen einzusetzen.
- die Energie, die durch das Verbrennen von Waldholz gewonnen wird, nicht den Erneuerbaren Energien zuzurechnen.
- eine sofortige Abkehr von Holz-Biomasse-Importen, die in kolonialer Tradition die Klimabilanz überwiegend weißer, wohlhabender, europäischer Staaten begünstigen.
- den Schutz und die Wiederherstellung der Wälder zu priorisieren und sicher zu stellen, dass alle EU-Maßnahmen unsere Gesundheit, das Klima und die Biodiversität schützen. Das weltweite Holz-Erntenniveau ist massiv zu senken.

Die heutigen Entscheidungen der EU werden uns, die Natur, die biologische Vielfalt und unser Klima noch jahrzehntelang beeinflussen.

*Jana Ballenthien, Referentin Wald
und Ronja Heise, Referentin Energie,
ROBIN WOOD Hamburg*



Foto: ELF / Karl Adami

Alte Wälder benötigen unseren besonderen Schutz. In Estland sind in Naturparks jetzt Kahlschläge erlaubt

Pelletkonzern plündert estnische Wälder

Ein Journalist*innenteam deckt auf, wie der größte Pelletkonzern Europas für westeuropäischen Energiehunger alte Wälder in Estland ausbeutet

*Das Roden von Wäldern in Estland zur Energiegewinnung nimmt rasant zu. Welche politischen Entscheidungen beschleunigen die Zerstörung der estnischen Wälder? Wie kann es sein, dass das Verbrennen von Biomasse als „klimaneutral“ eingestuft wird? Und welche Folgen hat dies für unsere Umwelt? Mit diesen Fragen haben sich 16 Journalist*innen aus acht Ländern drei Monate auseinandergesetzt und sind zu erschreckenden Ergebnissen gekommen.*

Im Herzen des Naturparks Haanja im Süden Estlands, wo bis vor kurzem noch dichter Wald stand, blickt man heute über große Kahlflächen. Hier trifft sich das Journalist*innenteam mit Kalev Järvik, der seit über zehn Jahren in der Nähe des Waldes lebt. Bis vor kurzem hätte er noch bis zum Ende der Fläche unter einem Blätterdach laufen

können. Jetzt sind die meisten Bäume gefällt. Seit 2015, als die estnische Regierung das Gesetz zum Schutz der Naturparks in Estland änderte, sind hier Kahlschläge erlaubt. In den letzten Jahren hat sich der Wald dadurch stark verändert.

Um den steigenden Holzbedarf in Westeuropa zu decken, roden Unternehmen den Wald in großem Stil. Denn außer für Möbel und für Bauholz steigt in Europa seit einigen Jahren auch der Bedarf an Holz zur Energiegewinnung.

Rodungen in Schutzgebieten

Die Hälfte der Fläche Estlands ist mit Wald bedeckt. Das sind ungefähr zwei Millionen Hektar. Davon gehören 380.000 Hektar zum EU Natura-2000-Netzwerk. Besondere Brut- und Ruheplätze für seltene und bedrohte Arten sind hier durch die

EU-Richtlinien geschützt und es gilt ein Verschlechterungsverbot. Trotzdem gab die estnische Regierung zwischen 2009 und 2018 die Erlaubnis, rund 60.000 Hektar Wald innerhalb des Natura-2000-Netzwerkes zu fällen. Über die Onlineplattform Global Forest Watch recherchierte die Journalist*innen, dass 80 Prozent des Waldverlustes seit 2001 in den letzten fünf Jahren verursacht wurde, also seitdem die estnische Regierung die Gesetze für Schutzgebiete gelockert hat.

Die jüngsten Rodungen im Haanja Naturpark fanden 2020 statt, wie Satellitenbilder beweisen. Auf den kahlgeschlagenen Flächen wuchs vorher ein arten- und strukturreicher Buchen-Kiefern-Mischwald. Ziga Malek, Professor für Landnutzung und Ökosystemdynamik an der Vrije Universiteit Amsterdam, ist sich sicher,

dass die spezifischen Pflanzenarten, die hier vorher im Schatten der Bäume wuchsen, auf der nun offenen Fläche nicht gedeihen werden.

Die Journalist*innen entdeckten direkt neben dem Kahlschlag ein kleines Moor, das offensichtlich durch schwere Maschinen beschädigt wurde. Feuchtgebiete wie dieses bedecken ungefähr ein Viertel Estlands. Sie fungieren als wichtige Kohlendioxidsenken und sind gesetzlich geschützt.

Offiziell ist der estnische Waldbestand stabil

Nach Angaben des estnischen Forest Resources Assessment (FRA) sei der estnische Waldbestand stabil und würde sogar leicht zunehmen. Tatsächlich werden abgeholzte Gebiete nach der Fällung mit hauptsächlich jungen Fichtensetzlingen neu bepflanzt. Diese Gebiete werden als „Wald“ eingestuft. Die sogenannten „zeitweilig unbestockten oder gerade neu bepflanzten“ Gebiete haben seit 2010 um 20 Prozent zugenommen, so das FRA. Dabei können diese kleinen Fichten, die in Monokulturen gepflanzt werden, erst in vielen Jahrzehnten so viel Kohlendioxid

aufnehmen wie die alten Bäume, die dort vorher ein artenreiches Ökosystem bildeten.

Vom Staat subventionierte Rodung im Naturschutzgebiet

Bei der Recherche stieß das Team schnell auf den größten Pelletproduzenten Europas: das estnische Unternehmen Graanul Invest. 2,5 Millionen Tonnen Pellets produzierte es 2019, Tendenz steigend. Große Teile der Produktion werden nach Großbritannien, Dänemark und in die Niederlande per Schiff exportiert.

Seit der überarbeiteten Erneuerbare-Energien-Richtlinie Estlands und der Legalisierung der Verarbeitung ganzer Bäume erntet Graanul Invest hektarweise Wald für die Pelletproduktion. 84 Prozent des Holzbedarfs kommt aus Kahlschlägen, so der jährliche Bericht 2019.

Valga Puu ist ein Tochterunternehmen von Graanul Invest und erhielt 2020 EU-Subventionen in Höhe von 60.000 Euro für das Management des Natura-2000-Gebietes im Naturpark Haanja. Einem Bericht des Estonian Fund for Nature aus dem Jahr 2020

zufolge, sind Kahlschläge für den Verlust von jährlich 50.000 Brutpaaren im estnischen Wald lebender Vögel mitverantwortlich.

Dass die Rodung in geschützten Gebieten subventioniert werde, sei unverschämt, sagt Liis Kuresoo vom Estonian Fund for Nature. Graanul Invest und Valga Puu versichern, der Holzbedarf für die Pelletproduktion bestimme nicht die Menge des geernteten Holzes. Im Jahresbericht von Valga Puu liest sich das anders: „Unsere Ziele für 2020 orientieren sich an der Versorgung von Graanul Invest-Anlagen.“

Die Richtlinie von 2009 definierte Holzpellets als „im Allgemeinen aus Verarbeitungsrückständen aus forstbasierten Industrien bestehend“. Graanul Invest offenbart in seinem Nachhaltigkeitsbericht 2020 frei heraus, dass mehr als ein Drittel seines Holzes aus Rundholz stamme, oder aus Baumstämmen, die nicht den Kriterien für andere Industrien entspräche. Etwa 40 Prozent des Holzes, das Graanul Invest zu Pellets zerkleinert, stamme von ganzen Bäumen, die „nicht den Anforderungen der Sägewerks- und Sperrholzindustrie entsprechen“, sagt das Unternehmen. Es macht die schlechte Bewirtschaftung

Im Herzen des Naturparks Haanja im Süden Estlands, wo bis vor kurzem noch dichter Wald stand, blickt man heute über große Kahlflächen



Foto: ELF / Karol Adami

durch die früheren Waldbesitzenden für die „Nichtkonformität“ der Bäume verantwortlich.

Ein Großteil der estnischen Wälder steht auf Ackerflächen, die Tausende Esten vor etwa siebzig Jahren zurücklassen mussten, weil sie entweder

während des Zweiten Weltkriegs getötet oder deportiert wurden. „Der Anteil an minderwertigem Holz in den estnischen Wäldern war schon immer hoch, weil die Wälder während der Sowjetzeit überhaupt nicht bewirtschaftet wurden“, sagt Marku Lamp, Vizkanzler des Umweltministeriums. „Die Pelletproduktion ist also in gewisser Weise eine Chance, den minderwertigen Bestand zu verkaufen.“

Die ökologischen Auswirkungen werden dabei nicht berücksichtigt. „Minderwertiges Holz“ und „forstwirtschaftliche Reststoffe“ seien Begriffe, die nur auf wirtschaftlichen Überlegungen beruhen, moniert Almuth Ernsting, Gründerin der Klimaaktivist*innen-gruppe Biofuelwatch. Sie weiß, dass bei diesen Abwägungen „keine Rücksicht auf den ökologischen, klimatischen oder kulturellen Wert der Bäume“ genommen wird.

Die Waldkriege

Die Umweltschutzorganisation Estonian Fund for Nature kämpft seit 2004 für den Erhalt von Biodiversität und Wald. Immer mehr Menschen wehren sich gegen die Rodungen vor ihrer Haustür. Die daraus resultierenden

gesellschaftlichen Spannungen wurden in der nationalen Presse als „Waldkriege“ bezeichnet. Auch Bürger*innen aus dem Dorf Saku setzen sich für den umliegenden Wald ein. Sie kämpften mit Protesten und Petitionen gegen die Regierung, die den Wald fällen wollte. Mittlerweile hat sich eine Bewegung gegründet. Diese neue Organisation konnte sich immerhin mit der staatlichen Forstverwaltung auf einen Kompromiss einigen und so Teilbereiche des Waldes vor der Rodung retten.

Nichtsdestotrotz geht die Rodung an vielen Orten inner- und außerhalb Estlands weiter. In Zeiten von Klimaerwärmung und Artensterben ist dies eine Katastrophe und darf nicht zugelassen werden! Alte, artenreiche Wälder sind unsere Verbündeten im Kampf gegen den Klimawandel! Wir müssen unsere Energie aus tatsächlich nachhaltigen Quellen generieren und unsere Wälder konsequent und effektiv schützen!

Mehr Details und den Report finden Sie auf dieser Seite: <https://www.vpro.nl/argos/lees/onderwerpen/money-to-burn/interactive.html>

Kira Lange macht zur Zeit ein Praktikum bei ROBIN WOOD



Gemeinsam müssen wir unsere Wälder konsequent schützen! Sie sind unsere wichtigen Verbündeten im Kampf gegen den Klimawandel!

Aufgeheizt

In Hamburg formiert sich Protest gegen Pläne der Umweltbehörde, Holz aus Namibia im Kraftwerk Tiefstack zu verfeuern

Die EU und auch die deutsche Bundesregierung setzen darauf, dass künftig in industriellem Maßstab Holz-Biomasse eingesetzt wird, um Strom und Wärme zu erzeugen. Passend dazu verfolgt die grün geführte Umweltbehörde in Hamburg ein Projekt zum Import von Holz aus Namibia, das in umgerüsteten Kohlekraftwerken verbrannt werden soll. Damit droht die Gefahr, dass ein Übel durch ein anderes ersetzt und Klimaschutz nur vorgetäuscht wird. Gegen das Vorhaben formiert sich Protest.

Im Jahr 2013 errang die Volksinitiative UNSER HAMBURG – UNSER NETZ, zu deren Gründer*innen ROBIN WOOD gehörte, einen großartigen Erfolg: Mit dem gewonnenen Volksentscheid wurde die Stadt verpflichtet, die Energienetze und die Fernwärmeversorgung von den Konzernen Vattenfall und E.ON zurück in die öffentliche Hand zu holen. Und Hamburg muss das Ziel einer „sozial gerechten, klimaverträglichen und demokratisch kontrollierten Energieversorgung aus erneuerbaren

Energien“ verfolgen. Die Stadt verfügt inzwischen über alle Strom- und Gas-Verteilnetze sowie über die komplette Wärmegesellschaft.

Hinzu kommt das absehbare Aus für das 1.600-Megawatt-Kohlekraftwerk Moorburg, das Vattenfall erst 2015 in Betrieb genommen hat. Das Kraftwerk wird dieses Jahr abgeschaltet. Es rechnet sich nicht. Die Umwelt- und Klimabewegung hatte jahrelang gegen die milliardenschwere Fehlinvestition

auf Kosten von Klima, Umwelt und Gesundheit gekämpft – auch viele ROBIN WOOD-Aktive: mit der Baumbesetzung in Hamburg-Altona gegen den Bau der Moorburg-Fernwärmetrasse, mit Boots demos auf der Elbe und mit einer Abseilaktion vom Kühlturm.

Durch den längst überfälligen Kohleausstieg und den Rückkauf der Netze gewinnt Hamburg „viel größere Spielräume für eine aktive Energie- und Klimapolitik“, wie auch Hamburgs grüner Umweltsenator Jens Kerstan beteuert. Wofür nutzt die Stadt diese Spielräume?

Ganz im Trend, der auch bundespolitisch und auf EU-Ebene politisch favorisiert wird, setzt die Hamburger Umweltbehörde auf die Verbrennung von Holz-Biomasse. Konkret prüfen die Behörde und die Wärme Hamburg GmbH, ob Kraftwerke wie das Heizkraftwerk Tiefstack mit Holz aus Namibia befeuert werden könnten. In dem Land im südlichen Afrika soll in industriellem Maßstab Buschholz geerntet, nach Hamburg verschifft und hier in Form von Pellets verbrannt werden.

Laut der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ)

gibt es in Namibia auf einer Fläche von 30 bis 45 Millionen Hektar eine „unerwünschte Verbuschung“. Dies beträfe „mindestens 30 Prozent der Landesfläche“. Die GIZ propagiert die großflächige Abholzung, um Pellets aus dem Buschholz zu produzieren und sie zu exportieren. Aktuell arbeitet das Unternehmen im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung an einem entsprechenden Projekt mit dem Titel „Nutzung von Busch-Biomasse“.

Holz aus dem globalen Süden für Wärme in Hamburger Wohnzimmern verheizen?

In Städten des globalen Nordens wie Hamburg würde das Holz durch einen Bilanzierungstrick als CO₂-neutraler Brennstoff verbrannt. Namibia würde durch die „Entbuschung“ eine seiner größten Kohlenstoffsinken verlieren, Hamburg wäre fein raus – mit einer vermeintlich sauberen Klimabilanz.

Die Hamburger Umweltbehörde stellt dieses neokoloniale Projekt als „Partnerschaft“ dar – ausgerechnet mit Namibia, einem Land, das zwischen 1884 und 1915 als Deutsch-Südwestafrika unter grausamer deutscher Kolonial-

herrschaft stand und in dem deutsche Truppen Völkermord an den Herero und Nama begingen.

Gegen das Projekt hat sich daher ein breites Netzwerk von Organisationen und Initiativen aus der Umwelt- und Klimagerechtigkeitsbewegung positioniert, das von ROBIN WOOD mit initiiert wurde. Das Netzwerk warnt davor, dass der Buschholz-Export zu einer Verschärfung der Klimakrise, zur Vertiefung sozialer Missstände sowie zu großflächigen ökologischen Schäden in Namibia führen wird. Holz direkt zu verbrennen, ist die denkbar schlechteste Nutzung dieser wertvollen Ressource.

Mit einer öffentlichen Stellungnahme hat das Netzwerk deutlich gemacht, dass es das Projekt einer „Biomassepartnerschaft Namibia – Hamburg“ entschieden ablehnt und sich einer Umsetzung entgegenstellen wird. ROBIN WOOD setzt sich für eine klimagerechte, zu 100 Prozent erneuerbare Energieversorgung ein, die ohne neokolonialen Import von Ressourcen aus dem globalen Süden auskommt!

*Ute Bertrand, Hamburg
ute.bertrand@robinwood.de*

Der Import von Buschholz aus Namibia zum Zweck einer energetischen Verwertung ist sicher nicht klimaverträglich. Das liegt vor allem an den Veränderungen der Landnutzung in Namibia, so eine gemeinsame Stellungnahme zahlreicher Umweltverbände darunter auch ROBIN WOOD

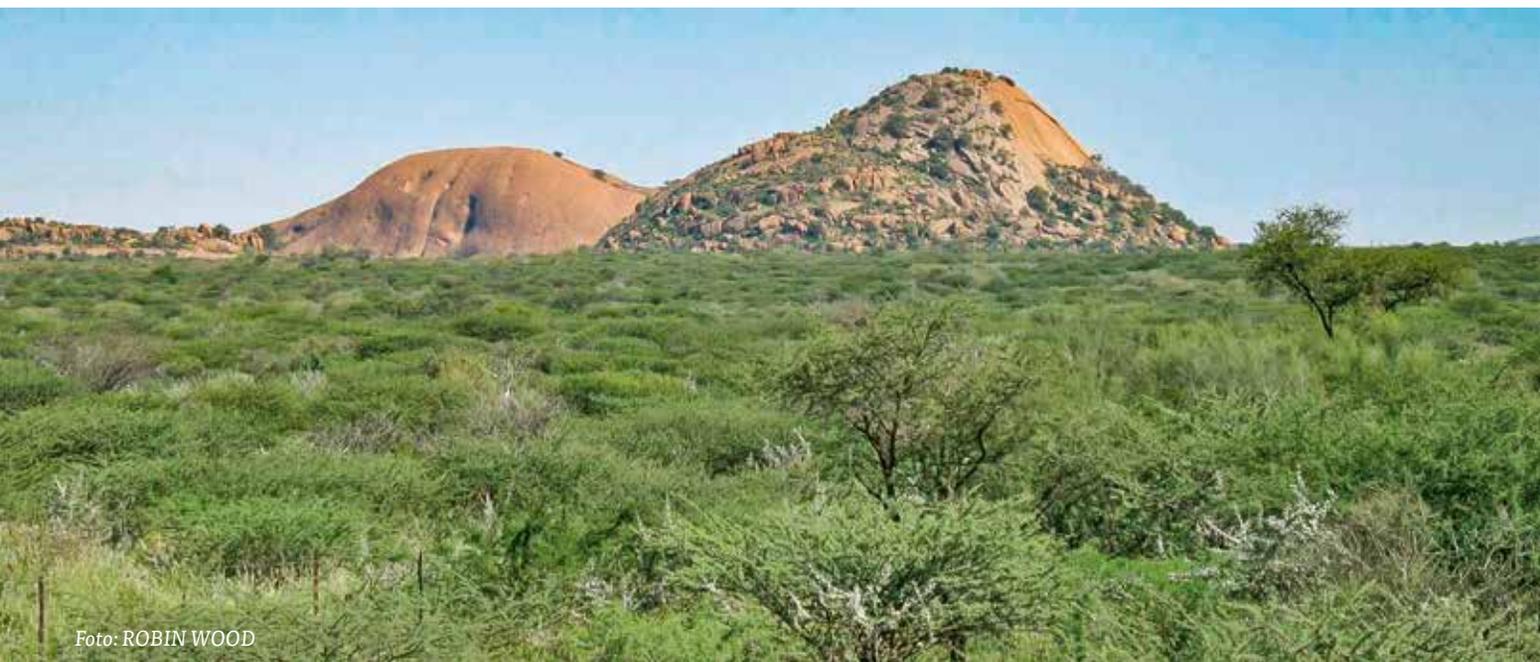


Foto: ROBIN WOOD



Foto: PantherMedia/Pavel Syrtlin

Mangrovenwälder sind artenreich und schützen die Küste vor Sturm und Überschwemmung. Die Firma Fichtner ist am Bau eines Kohlekraftwerks in Bangladesh beteiligt, das diese Wälder gefährdet

Zerstörung made in Stuttgart

In Bangladesch soll ein neues Kohlekraftwerk gebaut werden – mit Unterstützung einer Stuttgarter Firma

In unmittelbarer Nähe der Sundarbans Mangrovenwälder in Bangladesch, UNESCO-Weltnaturerbe, soll ein großes Kohlekraftwerk gebaut werden – mit Beteiligung einer Stuttgarter Firma. ROBIN WOOD sprach mit Tonny Nowshin, die schon lange gegen das zerstörerische Projekt aktiv ist.

Ob in großen Werbekampagnen im ICE oder grügestrichenen Internetauftritten: Seitdem der Kohleausstieg in der Bundespolitik beschlossen ist, verspüren selbst die fossilsten Unternehmen in Deutschland das zunehmende Bedürfnis, sich als Vorreiter des Kohleausstiegs zu inszenieren.

Gleichzeitig sind eine ganze Reihe deutscher Unternehmen weiterhin beim Ausbau der dreckigen Kohleindustrie im Ausland dabei. Ein Unternehmen ist Siemens, das von Fridays For Future Aktivist*innen für seine Beteiligung an Kohleinfrastruktur in Australien scharf kritisiert wurde. Ein anderes – und weniger bekanntes – Beispiel ist das Stuttgarter Ingenieurbüro Fichtner. Die Stuttgarter sind ausgerechnet an dem umstrittenen Kraftwerkprojekt Rampal in Bangladesh beteiligt. Das 1,3 GW starke Kohlekraftwerk Rampal

wird in unmittelbarer Nähe zu den Sundarbans Mangrovenwälder gebaut, einem UNESCO-Weltnaturerbe. Umweltschützer*innen befürchten eine massive Beeinträchtigung der wertvollen Mangrovenwälder. Die Sundarbans sind die Lebensgrundlage für viele Menschen und Tiere und bilden für Bangladesch einen wichtigen Schutzwall gegen Sturmfluten. Sowohl die Schadstoffemissionen des Kraftwerks, als auch der Eintrag von Kohle und Kohlestaub beim Transport der benötigten Steinkohle, drohen die Wälder zu schädigen. Fichtner ist von der Indisch-Bangladeschischen Baugesellschaft für Beratungsaufgaben und Überprüfung des Baufortschritts beauftragt.

Im September haben ROBIN WOOD Aktivist*innen in Stuttgart mit zwei Kletteraktionen gegen die Beteiligung von Fichtner am Bau von Rampal protestiert. Am Tag des internationalen Klimastreiks hängten die Kletter*innen ein Banner vor der Firmenzentrale auf, während gleichzeitig eine Demonstration von Fridays For Future stattfand. Mit dabei war auch die aus Bangladesh stammende Wirtschaftswissenschaftlerin und Klimagerechtigkeitsaktivistin

Tonny Nowshin. Tonny ist schon lange gegen das Kraftwerksprojekt aktiv. Unter anderem hat sie eine an Fichtner gerichtete Petition initiiert, die mittlerweile über 30.000 mal unterschrieben wurde. Wir sprachen mit ihr über die Auswirkungen des Kraftwerks auf Umwelt und Menschen vor Ort, den ausdauernden Protest und ihre Petition. Das Interview führte ROBIN WOOD Energiereferentin Ronja Heise.

? Die Premierministerin von Bangladesch, Sheikh Hasina, nannte Rampal einst ein „sauberes Kohlekraftwerk“, das für die Stromversorgung der Region notwendig ist. Was würden Sie antworten?

! Die Bewegung hat darauf bereits eine Antwort gegeben: Es gibt keine sauberen Kohlekraftwerke! Wir brauchen keine Kohle, uns stehen schon jetzt umweltfreundlichere und billigere Alternativen zur Verfügung. Ein Argument war, dass Kohle eine Brückentechnologie für unsere Energiewende sein könnte. Die Wahrheit ist, dass wir für unsere Energie nicht auf importierte veraltete Kohlekraftwerke angewiesen sind – insbesondere im Jahr 2021, wenn wir zu diesem Zeitpunkt

dringend aus der Kohle aussteigen müssen. Laut einer Studie des Carbon Disclosure Project und Brot für die Welt ist es für Bangladesch absolut möglich, seinen Energiebedarf zu 100 Prozent mit Erneuerbaren Energien zu decken – und Unternehmen könnten diesen Übergang unterstützen.

? Wie sind die Menschen in der Region vom geplanten Kraftwerk betroffen? Wie werden sie betroffen sein, wenn die Anlage in Betrieb genommen wird?

! Menschen wurden bereits für dieses Kohlekraftwerk von ihrem Land vertrieben. Eine Studie zeigt, dass die Verschmutzung durch Rampal allein den vorzeitigen Tod von 6.000 Menschen und Untergewicht von 24.000 Neugeborenen verursachen würde. Dazu kommt, dass Schwermetalle wie Quecksilber und Blei in das Ökosystem des Waldes gelangen würden. Das Abwasser des Kraftwerks wäre zwei Grad wärmer als die Flüsse. Dies würde im Laufe der Zeit die Fischzucht in den Flüssen beeinträchtigen.

Die Sundarbans Mangrovenwälder sind ein einzigartiges und besonders verletzlich Ökosystem. Ein Mangrovenwald ist direkt von dem Wasser und der Luft abhängig. Es gibt Studien, die detailliert aufzeigen, wie die Luft- und Wasserverschmutzung durch das Kohlekraftwerk den Wald letztendlich töten würde.

Der Wald ist nicht nur die größte Mangrove der Welt und beheimatet viele einzigartige Arten wie die Königstiger und Gangesdelfine. Er ist auch eine Lebensgrundlage für Millionen von Menschen. Er ist außerdem zentral für Bangladesch, um den Auswirkungen des Klimawandels gewachsen zu sein. Der Wald schützt das Landesinnere bei Überschwemmungen und extremen Ereignissen wie Wirbelstürmen.

Dabei wirkt der Wald wie eine unsichtbare Wand. Er nimmt die ersten Auswirkungen dieser katastrophalen Wetterereignisse auf und schützt die dort lebenden Menschen und Tiere. Sie sehen also, wie absurd es ist, ein Kraftwerk zu bauen, das einem so kostbaren Wald schadet.

? Wie sieht der Protest gegen Rampal in Bangladesch aus? Wer ist involviert und wo gibt es bisher Erfolge?

! In den letzten neun Jahren gab es eine starke Protestbewegung gegen das Projekt. Der Protest vor Ort begann, sobald die Absichtserklärung für das Projekt unterzeichnet war – und fand seit dem zu verschiedenen Zeitpunkten und in unterschiedlichsten Formen statt. Mehrmals wurde gegen das geplante Kohlekraftwerk vor dem höchsten Gericht in Bangladesch geklagt. 2013 und 2014 nahmen mehr als 30.000 Menschen an langen Protestmärschen teil. Sie gingen 500 Kilometer von der Hauptstadt in die dem Mangrovenwald nächstgelegene Stadt. Im Dezember 2019 fand in Dhaka ein Volksgericht statt, das eine öffentliche Anhörung gegen dieses Kraftwerk organisierte. Es gab Lieder, Theaterstücke, Sit-ins von schwangeren Müttern mit ihren Kleinkindern. Menschen aus allen Gegenden und sozialen Schichten haben sich dem Protest angeschlossen.

Letztes Jahr forderten wir beim Treffen des UNESCO-Welterbekomitees sich bei allen zuständigen Akteur*innen für den Stopp des Projektes einzusetzen. Denn der Mangrovenwald ist Teil des Weltkulturerbes. Die UNESCO hat eindeutig vor dem Bau dieses Kraftwerks und allen anderen Industriebauten in der Nähe des Waldes gewarnt.

? Die Beteiligung von Fichtner am Bau von Rampal wird von der deutschen Klimabe-

wegung scharf kritisiert. Inwieweit spielt die Beteiligung eines deutschen Unternehmens eine Rolle im Diskurs in Bangladesch?

! Wenn in Bangladesch nachweislich kein Bedarf für Kohlekraft besteht – warum soll uns trotzdem noch im Jahr 2021 Kohle aufgezwungen werden? Die Antwort lautet: Kohle ist heute eine aussterbende Industrie – alle Industrienationen werden auf absehbare Zeit aus der Kohle aussteigen.

Daher versuchen Kohlekonzerne jetzt solange es noch geht Gewinne in Ländern wie Bangladesch zu machen. Alle internationalen Unternehmen sind an dieser Art von Projekten beteiligt.

Fichtner gibt zu Hause vor, ein grünes Unternehmen zu sein – aber sie sind an solch schmutzigen und kontroversen Projekten wie dem Rampal-Kraftwerk in Bangladesch beteiligt. Es ist eine Schande. Und sie müssen dafür zur Rechenschaft gezogen werden.

? Hat Fichtner bisher auf Ihre erfolgreiche Petition reagiert?

! Fichtner gab uns einen Brief, in dem sie alle möglichen falschen Dinge behaupteten. Zum Beispiel, dass das Kraftwerk sehr weit vom Wald entfernt sei und dass die UNESCO nicht vor Rampal gewarnt hätte. Ihre Position ist sehr schwach und sie haben wahrscheinlich nicht erwartet, dass sie in ihrer eigenen Stadt in Deutschland den Menschen Antworten zu Rampal geben müssen.

Tonny Nowshin bei einem gemeinsamen Protest von Fridays For Future und ROBIN WOOD vor der Firmenzentrale von Fichtner im Sommer 2020





Mehr Mut für Erneuerbare Energie!

Das EEG muss endlich vom Kopf auf die Füße gestellt werden

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) war vor über 20 Jahren die Initialzündung für eine ökologisch nachhaltige Energiepolitik. Mit Vorrang- und Vergütungsregelungen für Strom aus Wind- und Solarenergie und weiteren Techniken gelang es, dass trotz anfänglich hoher Technikpreise in Solar und somit in die Zukunft investiert wurde. Die Solar- und Windpioniere entwickelten die Technik weiter, so dass sich die Systemkosten verringerten. Mit der Einspeisevergütung sicherte die Bundesregierung den wirtschaftlichen Betrieb der Anlagen und bot damit einen Investitionsanreiz. Das Gesetz war die Grundlage für eine erfolgreiche Klimaschutzpolitik. Zu Recht wurde es weltweit anerkannt und nachgeahmt.

Das EEG war ein Erfolg! Und genau deshalb brachte es negative Folgen für die fossil-atomare Energiewirtschaft. Man erkannte, dass eine zentral organisierte, fossil-atomare Energieversorgung durch eine von Bürger*innen dezentral organisierte Versorgung ersetzt werden kann. Deshalb wurde das EEG in die Mangel genommen und von einer Novelle zur nächsten bürokratisch aufgebläht. Um-

fasste das EEG 2000 nur 12 Paragraphen, zählt die heutige aktuelle Fassung weit über 100! Mit umfassenden Regelungen sowie Vorschriften zum Netzanschluss und zur Anmeldung sind viele Anlagenbetreiber überfordert. Restriktionen und Strafzahlungen (Pönalen) bei Nichteinhaltung der gesetzlichen Vorgaben bereiten zudem oft Investitionssorgen. Mit dem Ballast angegliederter Gebührenordnungen und Verordnungen zur detaillierten Ausgestaltung und behördlichen Verwaltung kommen mittlerweile nur noch Insider zurecht.

Energiewende stockt

Nicht nur Betroffene und Klimaschutzorganisationen beklagen seit Jahren die massive Bürokratie des Gesetzes. Auch Jurist*innen und Branchenfachleute sind zunehmend überfordert, sichere Auskünfte und klare Investitionshilfen zu geben. Die Energiewende gerät ins Stocken – und das nicht erst seit 2021. Auch mit dem neuen EEG 2021 vermittelt die Bundesregierung den Eindruck, die Energiewende müsste in jährliche planwirtschaftliche Ausbauziele gepresst werden. So schreibt das Gesetz vor, den Anteil des aus Erneuerbaren

Energien erzeugten Stroms am Bruttostromverbrauch auf 65 Prozent im Jahr 2030 zu steigern. Das ist nicht nur völlig ambitionslos und ignoriert die Potentiale von Wind und Solar. Die Zielsetzung basiert auch auf viel zu geringen Annahmen des Bruttostromverbrauchs, denn die Umstellung der Wärmeversorgung und des Verkehrs auf Strom, der Ausbau der Speicher und die notwendige CO₂-Rückholung wurden nicht mitgedacht. Das EEG 2021 ist damit eine Kapitulation vor den immer drängender werdenden Klimaschutzverpflichtungen.

Denn es ist geradezu existentiell, die Investitionsbereitschaft der Bürger*innen und Unternehmen in Erneuerbare Energien anzuregen. Fossile und atomare Techniken müssen schnellstmöglich durch Wind-, Solar- und andere emissionsfreie Energieerzeugungsanlagen ersetzt werden. Die Konzentration der Treibhausgase in der Atmosphäre erreicht mit 420 ppm bereits bedrohliche Werte. Trotz pandemiebedingtem Rückgang der CO₂-Emissionen um sieben Prozent wurden rund 34 Milliarden Tonnen CO₂ ausgestoßen, so die Ergebnisse aus dem Global Carbon Projects. Dass auch im neuen EEG klare Ausbaudeckel



Foto: PantherMedia/fanjianhua

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz, EEG, muss dringend weiterentwickelt werden. Wir benötigen einen immensen Investitionsschub bei den Erneuerbaren Energien, um das fossil-atomare Energiesystem vollständig und in kürzester Zeit abzulösen

bei Wind- und Solarenergie festgelegt sind, ist der falsche Weg. Wir brauchen einen ungehinderten Ausbau der Erneuerbaren. Zwar ist es erfreulich, dass im neuen EEG erstmals Agrar-Photovoltaik und Floating-Photovoltaik als Optionen aufgeführt werden. Allerdings ist zu erwarten, dass die definierte Vergütung für die neue Systemtechnik zu gering sein wird.

Ebenso problematisch sind die sinkenden Einspeisevergütungen für Strom aus Photovoltaikanlagen. Mit nur noch 8,16 Ct/kWh für Kleinanlagen (< 10 kWpeak, Januar 2021) ist die Einspeisevergütung für einen wirtschaftlichen Betrieb oft nicht mehr ausreichend.

Auch in Kombination mit dem Eigenverbrauch wird es häufig eng. Darüber hinaus besteht das Problem, dass Photovoltaikanlagen für den Eigenverbrauch optimiert werden und dringend benötigte Flächen für die Energiewende ungenutzt bleiben. Der Solarenergie-Förderverein-Deutschland (SFV) fordert deshalb schon seit Jahren, die Einspeisevergütung so stark anzuheben, dass mit Photovoltaik (PV) auch bei Netzeinspeisung Renditen erzielt werden können. Nur so können die vorhandenen Flächen optimal ausgenutzt werden. Im EEG

2021 hat die Bundesregierung es nun wieder verpasst, Abhilfe zu schaffen und die Einspeisevergütungen auf ein Niveau anzuheben, das einen wirtschaftlichen Betrieb von Kleinanlagen ermöglicht. Viele Kommunen haben sich heute schon entschlossen, außerhalb des EEG Fördergeldes zu zahlen, um die Investitionsbereitschaft in Photovoltaik wieder anzukurbeln.

Die Liste der problematischen Regelungen und Restriktionen lässt sich leider noch weiter fortsetzen. Viel Bürokratie wurde aus dem Vorgänger-EEG mitgeschleppt anstatt sie aufzulösen. Einige Lichtblicke gibt es allerdings dennoch.

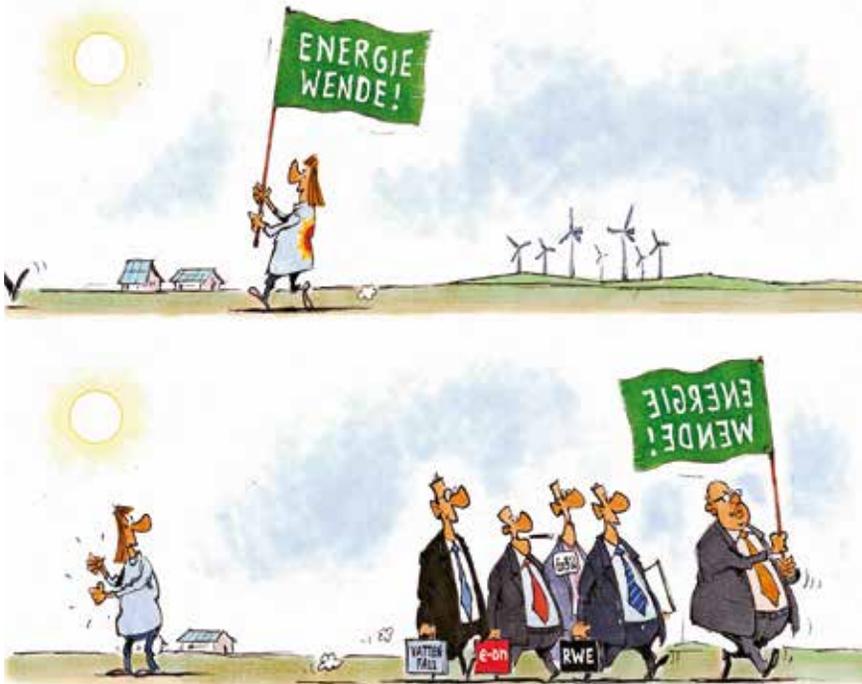
Der SFV hat gemeinsam mit anderen Klimaschutzorganisationen und Unterstützer*innen dafür gekämpft, dass die EEG-Umlage auf Eigenversorgung aus PV-Anlagen abgeschafft wird. Hier gibt es kleine Erfolge. Die Schwelle, ab der 40 Prozent EEG-Umlage auf selbst verbrauchten Strom gezahlt werden muss, wird von 10 Kilowatt (EEG 2017) auf 30 Kilowatt (EEG 2021) angehoben, auch für Bestandsanlagen. Und Mieterstrom ist nun auch für deutlich größere Anlagen bis 750 Kilowatt möglich. Was allerdings fehlt, ist die

Gleichstellung von Mieterstrom mit der Eigenversorgung. Hier setzt die Bundesregierung europarechtliche Vorgaben nicht um. Der SFV wird weiterhin viel Druck machen, damit sich das ändert.

Protest hat gewirkt

In den letzten Monaten warfen die Regelungen des EEG 2017 zum Weiterbetrieb von Ü20-PV-Anlagen ihre Schatten voraus. Das sind Anlagen, die jetzt 20 Jahre alt sind und deren EEG-Förderung endet. Für diese Altanlagen schrieb das geplante neue EEG komplexe Direktvermarktungsregelungen, Smart-Meter-Einbaupflichten und die EEG-Umlage auf Eigenversorgung vor. Zu Recht protestierten zahlreiche Anlagenbetreiber*innen und äußerten die Sorge, ob der Weiterbetrieb einer voll funktionstüchtigen Ü20-PV-Anlage unter diesen Bedingungen noch möglich sei. Ein wirtschaftliches Desaster schien unvermeidlich und der Abbau von intakter Technik unabwendbar. Auch hier protestierte der SFV.

Mit zahlreichen politischen Aktionen, aufklärenden Vorträgen, öffentlichkeitswirksamen Petitionen und Anhörungen setzten wir uns dafür ein, dass bürokrati-



SFV Gerhard Mester

tische Hürden abgebaut und einfache, wirtschaftlich tragbare Lösungen für den Weiterbetrieb der Üzo-Anlagen gefunden werden. Wie diese Lösungen ausschauen könnten, haben wir in einem Gutachten, das gemeinsam mit der Deutschen Gesellschaft für Sonnenenergie und der Kanzlei Gaßner, Groth und Siederer erstellt wurde, aufgezeigt.

Wir hatten in Teilen Erfolg: Der größte Teil der Pionier-Anlagen, deren Einspeisevergütung zum 01.01.2021 ausläuft, muss nun entgegen den vorherigen Plänen nach EEG 2021 keinen Smart Meter installieren und kann die Anlagen auf Eigenversorgung umstellen ohne darauf EEG-Umlage zu zahlen. Smart Meter sind erst ab sieben Kilowatt verpflichtend, und die EEG-Umlagebefreiung bis 30 Kilowatt gilt nun unabhängig vom Datum der Inbetriebnahme, somit auch für ausgeforderte Anlagen.

Für den ins Netz eingespeisten Überschussstrom kann die sonstige Direktvermarktung oder eine Anschlussförderung in Höhe des Marktwertes abzüglich der Vermarktungskosten in Anspruch genommen werden. Das ist zu wenig und wir setzen uns daher weiterhin für die Einführung eines Umweltbonus ein.

Wie kann es weitergehen?

Wir brauchen dringend Lösungen für einen beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren. Auf Freiwilligenbasis und unter dem Regime eines zukunftsblinden Marktes wird die Energiewende kaum das erforderliche Tempo aufnehmen. Deshalb diskutieren Expert*innen schon länger, ob es überhaupt noch genügt, das EEG in Teilen zu reformieren und den bürokratischen Ballast abzuwerfen.

Doch wie soll das EEG gestaltet werden? Es reicht schon lange nicht mehr, mit einer Überarbeitung Bewährtes aus Vorgängerversionen wiederherzustellen. Die gesetzlichen Vorgaben müssen weiterentwickelt werden. Und wir benötigen einen immensen Investitionschub für die Erneuerbaren Energien, um das fossil-atomare Energiesystem vollständig in kürzester Zeit abzulösen. Alle Sektoren müssen umgestellt werden: die Wärme- und Kälteversorgung der Gebäude und der Industrie, das Verkehrswesen, die Grundstoff- und Petrochemie sowie die Landwirtschaft. Die vollständige Umstellung auf Erneuerbare Energien kann nur dann gelingen, wenn Stromspeicher auf- und ausgebaut werden.

Gemeinsam mit anderen Klimaschutzorganisationen hat der SFV eine Initiative für „100% Erneuerbare Energien bis spätestens 2030“ gegründet. Wir haben uns an einem Runden Tisch Erneuerbare Energien zusammengefunden, um Strategien für eine effiziente Öffentlichkeitsarbeit zu entwickeln. Der SFV hat bereits im Frühjahr 2020 ein Arbeitspapier für ein neues Energiewendegesetz veröffentlicht. Aktuell erarbeiten wir Eckpunkte für eine vollständige Energiewende bis spätestens 2030.

2021 wird ein Super-Wahljahr. In Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin stehen Landtagswahlen an. Und zum ersten Mal seit Beginn der massiven Klimaproteste von Fridays for Future wählen die Bürger*innen einen neuen Bundestag. Wir sind gespannt, welche Antworten die Politik auf diese unüberhörbaren Meinungsbekundungen der Wähler*innen bietet.

Das neue Jahr fordert also sehr viel Einsatz, denn es liegt an UNS, Politik aktiv zu gestalten. Wir freuen uns, wenn Sie uns dabei unterstützen.

Weitere Informationen unter:
www.sfv.de
<https://energiewende-2030.de>



*Dipl.-Ing. Susanne Jung,
 Geschäftsführerin des Solarenergie-
 Förderverein-Deutschland e.V.,
 und Aufsichtsrätin im Bündnis
 Bürgerenergie e.V.*

Auf zur Wärmewende

Warum wir uns mit Wärmeproduktion beschäftigen müssen, um die Erderwärmung zu bekämpfen

*Dort, wo vor kurzem noch grünes Gras wuchs, ist jetzt eine Schlammwüste. Eineinhalb Meter tiefe Gräben ziehen sich durch den Boden. Auf einer Fläche von ca. 100 m² ist von einem Garten nicht mehr viel zu erkennen. Doch die knapp zwanzig Bewohner*innen des Raeume Hofes bei Lüneburg freuen sich – denn hier wird in Zukunft ein wichtiger Teil der Wärme für ihr neues Haus gewonnen. Das Wohnprojekt, das zum Mietshäusersyndikat gehört, ist gerade dabei, den alten Schweinestall zu einem Mehrparteienwohnhaus umzubauen. Der neue Wohnraum für 26 Menschen soll nicht nur bezahlbar, gemeinschaftlich und selbstverwaltet sein – sondern auch so umweltschonend wie möglich!*

Daher machten sich die Bauherr*innen dazu Gedanken, wie ihr Gebäude geheizt werden soll. Klar war: Das Heizen mit fossilen Energieträgern wie Öl oder Gas ist keine Option. Aber auch der nächste Vorschlag der Architekt*innen – eine Pellet- oder Hackschnitzelheizung – wurde von den Bewohner*innen schnell abgelehnt. Selbst wenn das Wohnprojekt für sich vertretbare Quellen für Abfallholz gefunden hätte (z. B. aus einem regionalen Sägewerk), wäre dies eindeutig keine verallgemeinerbare Lösung.

Schon jetzt übersteigt die Nachfrage nach Feuerholz deutlich das verfügbare Restholz. Für Pelletheizungen wird sogar im großen Stil Frischholz aus dem Ausland importiert (siehe Artikel zu Biomasse ab Seite 16). Da wollten die Bewohner*innen des Projekts nicht mitmachen!

Wärmepumpe und Sonnenenergie

Das neue Wohnhaus des Hofes wird in Zukunft stattdessen mit einer Kombination aus Solarthermie und Erdwär-

mepumpe beheizt. Gemeinsam mit ihren Architekt*innen, einem Energieberater und einem Professor für Energietechnik hat das Wohnprojekt hier am Stadtrand tatsächlich ein kleines Leuchturnprojekt entwickelt. Die über Solarthermie gewonnene Wärme wird in einem großen isolierten Wassertank gespeichert, der in einem der ehemaligen Silagesilos des Hofes unterkommt. Von Frühling bis Herbst wird die Solarthermieanlage mit dem Speicher den Warmwasser- und Heizbedarf der

Hausbewohner*innen abdecken. Im Winter wird dieses System durch eine Erdwärmepumpe unterstützt. Diese besteht aus sechs bis zu 80 Meter tiefen Bohrungen im Garten hinter dem Gebäude. Eine Wärmeﬂüssigkeit wird durch die hier verlegten Rohre gepumpt und nimmt die im Erdreich gespeicherte Sonnenenergie auf. Die großﬂächige Photovoltaik-Anlage auf dem Dach des Gebäudes produziert so viel Strom wie die Wärmepumpe benötigt. Ergänzt wird dies durch eine



Wohnprojekt bei Lüneburg: Hier wird für die Wärme der Zukunft gebuddelt und gebohrt. Im Garten des umgebauten Schweinestalls entsteht eine Erdwärmepumpe



Kein Ufo – sondern der zentrale Schacht der neuen Wärmepumpe: Hier laufen die Erdsonden zusammen

Isolierung des Gebäudes mit umweltfreundlicher Zellulose und einer besonders energiesparende Wandheizung. Die Bewohner*innen des Hofes sehen ihr Bauprojekt als aktiven Beitrag zum anstehenden Umbau des Energiesystems. „Wir wollen aufzeigen, dass ökologisches Bauen und Heizen kein Luxus sein muss. Schon jetzt gibt es alles, was wir brauchen. Die Wärmewende kann kommen!“ erklärt Maria aus der Energie AG des Wohnprojekts.

Wärmewende? Der Begriff ist erst einmal sperrig. In den meisten Fällen führt er zu Nachfragen. Was ist damit denn gemeint? Dabei ist der Oberbegriff, die ‚Energiewende‘, schon längst im allgemeinen Sprachgebrauch angekommen. Nur sprechen Politiker*innen, Medien und auch klimabewegte Menschen dabei meist ausschließlich von dem Umbau der Stromversorgung. Doch Energie hat verschiedene Nutzungsformen, und wenn wir die Klimakrise bekämpfen wollen, müssen wir alle davon auf regenerative Energien umstellen!

Energie fürs Heizen

Auch wenn noch wenig über sie gesprochen wird: Die Umstellung der Wärmeversorgung müsste ziemlich weit oben in der Prioritätenliste einer klimabewussten Politik stehen. Denn die Erzeugung von Wärme macht aktuell über die Hälfte des gesamten Endenergieverbrauchs in Deutschland aus. Das Heizen von Räumen trägt mit 30 Prozent den größte Teil dazu bei – aber auch die Herstellung von Wärme für industrielle Prozesse ist extrem

energieintensiv. Während die Stromversorgung mittlerweile zu 50 Prozent aus Erneuerbaren Energien stammt, wird Wärme in Deutschland immer noch zu einem überwiegenden Teil aus fossilen Brennstoffen hergestellt. Und daran hat sich auch in den letzten Jahren erschreckend wenig geändert. 2019 stammte gerade mal 15 Prozent der Wärme aus erneuerbaren Quellen. Das waren knapp 10 Prozent mehr als im Jahr 2000 und einen mickrigen halben Prozentpunkt mehr als 2012. Die in Deutschland genutzte erneuerbare Wärme stammt zum größten Teil aus der Verbrennung von Holz und anderer Biomasse (z. B. Klärgas). Gerade mal 14 Prozent werden wie in dem Wohnprojekt bei Lüneburg durch Solarthermie und Geothermie gewonnen.

Erneuerbare Wärme spielt also immer noch eine sehr kleine Rolle in Deutschland. Ihr Anteil ist dazu regional sehr unterschiedlich – in Hamburg beträgt er beispielsweise nur 4,3 Prozent. Ganz anders ist die Situation beim Heizen mit Erdgas. In Privathaushalten stammen 44 Prozent der genutzten Wärme aus dem Verbrennen von fossilem Gas – entweder in hauseigenen Gasthermen oder in Nah- bzw. Fernwärmenetzen. Und auch Kohle und Öl machen weiterhin einen großen Anteil der Wärmeproduktion aus. Besonders beachtlich: Fernwärme stammt immer noch zu knapp 40 Prozent aus Braun- und Steinkohlekraftwerken.

Diese miserable Bilanz schlägt sich auch in der Klimawirkung der Wärmeversorgung nieder. Alleine das Heizen und die Warmwasser-Versorgung von privaten Haushalten, Handel und Gewerbe machen fast ein Viertel der CO₂-Emissionen Deutschlands aus!

Doch anstatt das zu ändern und die längst überfällige Wärmewende endlich anzugehen, spielt die Bundesregierung auf Zeit. Die für den Gebäudesektor beschlossenen Ziele sind alles andere als ehrgeizig: Gerade einmal um 40 Prozent sollen die Treibhausgasemissionen des Gebäudesektors bis 2030 im Vergleich zu 2020 sinken. Mehr noch: Im Zuge des Kohleausstiegs

setzt die Politik aktuell sogar massiv auf klimaschädliche Lösungen. Insbesondere die Wärmeversorgung wird jetzt als Argument genommen, um das Leben der Kohlekraftwerke, die Wärme in Fernwärmenetze einspeisen, durch einen Umbau zu Gas oder Biomasse künstlich zu verlängern.

Zugegeben, die Wärmewende ist in vielem eine noch härtere Nuss als die Umstellung der Stromversorgung. Zum einen wird in Deutschland im Sommer deutlich weniger Wärme verbraucht als im Winter – darunter leidet der Nutzungsgrad der Anlagen erheblich. Zum anderen ist Wärme längst nicht so universell nutzbar und gut weiterleitbar wie Strom. Anders als beim Strom gibt es dadurch kein flächendeckendes Netz, mit dem Produktion und Bedarf ausgeglichen werden könnten. Die Umrüstung zu erneuerbarer Wärme steht noch deutlicher am Anfang, als beim Strom. Technologieentwicklung und Ausbau sind dringend nötig.

Aber klar ist auch: es gibt schon jetzt viele Möglichkeiten – und die Klimakrise lässt uns keine Zeit! Wir können und müssen auch im Wärmesektor bis spätestens 2035 aus allen fossilen Energien ausgestiegen sein. Dabei ist absehbar, dass es nicht die eine, überall und immer anwendbare Lösung zur Wärmeversorgung geben wird. Stattdessen wird es auf einen vielseitigen Technologiemix hinauslaufen.

Dieser könnte bestehen aus:

- Solarthermie auf Gebäuden, aber auch im großen Stil in Solarthermiefeldern. Solarthermie kann zur Warmwasser-Bereitung und für das Heizen genutzt werden, aber auch für Prozesswärme (insbesondere für Niedrig- und Mitteltemperatur-Bereiche)
- Wärmepumpen, die Sonnenwärme aus der Umgebungsluft oder dem Erdreich nutzen. Wärmepumpen sind äußerst effizient, müssen aber mit Strom betrieben werden. Daher braucht es auch hierfür ausreichend erneuerbaren Strom!
- Tiefe Geothermie: Hier wird die Wärme aus dem Erdinneren



Foto: SWLB

Seit Ende Mai des letzten Jahres betreiben die Stadtwerke Ludwigsburg die größte Solarthermie-Anlage Deutschlands. Die über eintausend Kollektoren speisen in das bestehende Fernwärmenetz ein

- genutzt. In Deutschland gibt es ein regional unterschiedliches aber z. T. sehr großes Wärmepotential.
- Power-to-heat: z. B. Infrarot-Heizungen, die direkt mit erneuerbarem Strom betrieben werden, sind eine relativ preisgünstige und leicht zu installierende Lösung für Gebäudewärme, die aber auch nur funktionieren kann, wenn ausreichend erneuerbarer Strom vorhanden ist.
- Nutzung von industrieller Abwärme (beispielsweise von Rechenzentren).

Die existierenden Fernwärmenetze müssen auf Erneuerbare Energien umgestellt und da, wo es sinnvoll ist, ausgebaut werden (also in verdichteten Siedlungsgebieten oder in ländlichen Bereichen mit guten Wärmequellen). Eine zentrale Rolle spielen außerdem energetische Sanierungen, die den Heizbedarf und damit den Energieverbrauch deutlich verringern können.

Mit entsprechenden ordnungspolitischen Maßnahmen und einer klugen Förderpolitik könnte vieles davon zügig erreicht werden. Um nur eine kleine Auswahl zu nennen: Es braucht ein sofortiges Verbot für den Einbau von Öl und Gasthermen. Auch für den Energiestandard von Neubauten und

für Sanierungen braucht es deutlich strengere Vorgaben. Fernwärmenetze müssen flächendeckend vergesellschaftet und schnellstmöglich decarbonisiert werden.

Auf kommunaler Ebene müssen alle Quellen von Abwärme strukturell erfasst und eingebunden werden. So muss eine langfristige, verbindliche Wärmeplanung geschaffen werden. Die Entwicklung von erneuerbarer Wärmetechnologie muss gefördert werden, genauso wie die Ausbildung von Fachkräften für Gebäudesanierung und Installation von erneuerbarer Wärme.

Von Energiearmut betroffen

Was bei all den Diskussionen über Technologiemix und Ordnungspolitik nicht aus dem Blick geraten darf: Die Wärmewende muss sozial gerecht sein! Es darf nicht sein, dass diejenigen, die sich eh schon in einer prekären Wohnsituation befinden, unter dem anstehenden großen Umbau leiden. Im Gegenteil: die Wärmewende sollte auch das Ende überhöhter Heizkosten und ungesundem Wohnklima bedeuten. Es wird geschätzt, dass bis zu 26 Prozent der Bevölkerung in Deutschland von Energiearmut betroffen sind. Das heißt, dass diese Menschen durch die Energiekosten unter die Armutsgrenze

rutschen und/oder es sich nicht leisten können, ihre Wohnung ausreichend zu heizen. Als sozialpolitisches Instrument genutzt, könnte insbesondere die Förderung von energetischer Sanierung zur Bekämpfung von Energiearmut beitragen.

Die Wärmewende ist also ein Thema, in dem sich Klima- und soziale Fragen treffen. Und das ist gut so – denn wir werden Viele sein müssen, um die Wärmewende durchsetzen zu können! Weder werden die fossilen Energieanbieter und die Immobilienwirtschaft freiwillig auf ihre Profite verzichten, noch wird der Gesetzgeber auf absehbare Zeit aufhören, deren Profitinteressen zu unterstützen und über die Gemeinwohlinteressen Klimaschutz und Wohnraum zu stellen.

Ob engagiert in der Klimabewegung, in Initiativen zur Rekommunalisierung von Wärmenetzen oder Enteignung von Immobilienriesen, ob mit Herzblut beim ökologischen Bauen oder der Entwicklung von erneuerbaren Wärmequellen – lasst uns gemeinsam Druck aufbauen, damit die Wärmewende endlich in Gang kommt!

Ronja Heise, ROBIN WOOD
Energierreferentin
energie@robinwood.de



Ende Gelände Blockade fossiler Gas-Infrastruktur im Rheinland 2020

Gas: Brücke ins Nichts

Erdgas soll also unsere Brückentechnologie aus der Klimakrise sein? Mit dieser Technologie, auf die die Bundesregierung setzt, werden wir weit jenseits der 1,5- oder auch der 2-Grad-Marke landen: Erdgas ist nachweislich klimaschädigend! Es braucht Intervention und zwar jetzt!

Vor fünf Jahren verpflichteten sich die unterzeichnenden Staaten im Pariser Klimaabkommen die globale Erderwärmung auf 1,5°C zu begrenzen. Ein Ziel, das noch immer in weiter Ferne liegt. Doch statt endlich entschlossen den Ausbau Erneuerbarer Energien zu fördern, plant die Bundesregierung, die Kohle durch Erdgas zu ersetzen.

Erdgas – genauso fossil wie Kohle – wird dabei als „zukunftsweisender“ Energieträger und seine Technologien zu „Brückentechnologien“ verklärt. Mit Investitionen in Milliardenhöhe soll in den kommenden Jahren Gas-Infrastruktur und -Technik ausgebaut werden. Dieser Plan ist mit den eigenen Klimazielen, nach denen Deutschland im Jahr 2050 in Summe keine klimaerwärmenden Gase mehr ausstoßen darf, nicht vereinbar. Und er genügt nicht dem Pariser 1,5-Grad-Ziel: Laut einer Studie des

Wuppertal-Instituts müsste Deutschland dazu schon bis zum Jahr 2035 aus allen fossilen Energien aussteigen.

Schon jetzt ist Gas ein Klimaproblem

Auch wenn in Deutschland bisher wenig über Gas politisch debattiert wurde: Als Energieträger spielt Gas aktuell eine große Rolle. 2018 lag der Erdgasverbrauch Deutschlands insgesamt bei 945,3 Mrd. Kilowattstunden – das sind ca. 23 Prozent unseres Primärenergieverbrauchs. Vor allem in der Wärmeversorgung, in der Stromerzeugung sowie bei Industrie und Gewerbe wird aktuell Erdgas eingesetzt. Der größte Teil des hierzulande genutzten Erdgases wird importiert – vor allem aus Russland, Norwegen und den Niederlanden. Damit ist Deutschland weltweit der drittgrößte Importeur von Erdgas.

Anders als die fossile Energiewirtschaft und die Bundesregierung uns glauben machen wollen, ist Erdgas dabei alles andere als „sauber“. Zwar stößt der reine Verbrennungsvorgang von Gas „nur“ ungefähr halb so viel CO₂ aus wie die Verbrennung von Kohle, aber zum einen ist auch dies noch zu viel CO₂ für unsere Klimaziele und zum anderen hat Erdgas

ein dreckiges Geheimnis: Bei der Förderung und dem Transport von Gas treten große Mengen an Methan aus. Eine in den USA durchgeführte Studie zeigt: insgesamt 2,3 Prozent des Gases entweicht unkontrolliert. Methan ist deutlich klimaschädlicher als CO₂. Nichtsdestotrotz setzt die Bundesregierung auf Gas. Statt die Kohlekraftwerke abzuschalten und eine erneuerbare Strom- und Wärmeversorgung aufzubauen, sollen Stein- und Braunkohlekraftwerke im großen Stil auf Gas umgerüstet werden. Den Kraftwerksbetreibern wird die Umrüstung ihrer Anlagen mit staatlichen „Umrüstungsboni“ in Milliardenhöhe schmackhaft gemacht. So könnte der lange überfällige Ausstieg aus der Kohle in Deutschland zu einem deutlichen Anstieg des Gasverbrauchs führen. Kurz nach dem sogenannten Kohlekompromiss veröffentlichte der Lobbyverband „Zukunft Erdgas“ eine Studie, wonach schon der Ersatz der bis 2022 abzuschaltenden Kohlekraftwerke einen Anstiegs des deutschen Gaskonsums über acht Prozent bedeuten würde.

Neben den Kraftwerksumrüstungen drohen noch weitere Infrastrukturprojekte uns an ein überkommenes fossiles Energiemodell zu fesseln. Dazu gehört

der Ausbau von North-Stream-2, einem riesigen Gas-Pipeline-Projekt zwischen Russland und Deutschland. Aufgrund von massiven Handelssanktionen der USA ruhte der Bau der Pipeline ein Jahr. Ob die zu über 90 Prozent fertiggestellte Leitung jemals fertig gebaut wird, ist fraglich. Trotzdem hält die Bundesregierung an dem Projekt fest.

Um Infrastruktur für Flüssiggas (Liquified Natural Gas = LNG) in Deutschland zu schaffen, sollen mehrere LNG-Häfen an der deutschen Nordseeküste entstehen. Die Häfen sind als Zugeständnis an die US-Regierung zu werten, denn diese möchte den Export von Erdgas nach Europa massiv ausbauen. Das Erdgas, teilweise gefrackt, wird unter hohem Energieaufwand verflüssigt und anschließend nach Europa verschifft. Das macht LNG ebenso klimaschädlich wie Braunkohle.

Die Häfen sollen mit großzügigen Fördermitteln vom Bund und Niedersachsen bzw. Schleswig-Holstein unterstützt werden. Das Argument: Russlands Einfluss soll eingedämmt werden, wirtschaftliche Profite sollen gesichert und Investitionen in eine „Zukunftstechnologie“ gefördert werden.

Grünes Gas ist nicht die Lösung

Ein beliebtes Argument für Investitionen in Gas-Infrastruktur ist, dass diese in Zukunft mit sogenanntem grünen Gas betrieben werden könnte. So könnte grüner elektrischer Strom – z.B. aus Windkraft gewonnen – etwa durch Elektrolyse zu grünem Gas umgeformt werden (Power-to-Gas). Dieses kann dann verhältnismäßig gut gespeichert und transportiert werden. Das Problem: Bei der Umformung entstehen große Verluste – das Verfahren ist also höchst ineffizient. Auch gibt es noch viel zu wenig „überschüssigen“ erneuerbaren Strom, der dafür genutzt werden könnte.

So ist die Aussage vieler Studien, sogenannter Transformationsstudien, u. a. von Umweltbundesamt (Studie: „Nachhaltiger Beitrag des Gassektors“) und dem Öko-Institut e.V. (Studie: „Klimaschutzszenario 2050“): Grünes Gas darf nur eine untergeordnete Rolle spielen und der Gesamt-Gaskonsum muss stetig sinken. Grüne Gase dürfen nur genutzt

werden, wenn absolut keine Alternative gefunden wird. In der Erzählung vom grünen Gas findet sich darüber hinaus häufig die neokoloniale Idee von massivem Energieimport. So soll verflüssigtes, grünes Gas beispielsweise aus sonnenreichen Sahara-Regionen importiert werden. Die westlichen Industrieländer, die hauptsächlich für die bereits ausgestoßenen klimaschädlichen Gase verantwortlich sind, wollen nun ihren Energiebedarf also aus Regionen decken, die am stärksten von den Auswirkungen der Klimakrise betroffen sind und sein werden. So kann keine Vision einer klimagerechten Welt aussehen!

Das heißt: Unser Gaskonsum muss jetzt(!) schnell und stetig sinken. Es darf keine weitere fossile Infrastruktur – egal ob Kraftwerke, Pipelines oder Häfen – gebaut werden und alle entsprechenden Subventionen und Förderungen müssen eingestellt werden. Stattdessen brauchen wir einen konsequenten Umstieg auf eine erneuerbare, dezentrale Wärme- und Stromversorgung.

Das Thema Erdgas ist einer der Schlüsselkonflikte im Kampf um eine schnellstmögliche Senkung des Ausstoßes klimaschädlicher Gase. Entsprechend rückt das Thema Erdgas immer mehr in den Fokus der Klimagerechtigkeitsbewegung in Deutschland. Schließlich haben wir nicht jahrzehntelang gegen den Klimakiller Kohle gekämpft, um nun einem anderen fossilen Energieträger Tür und Tor zu öffnen!

Gaskraftwerk: Nachhaltig und gerecht sieht anders aus



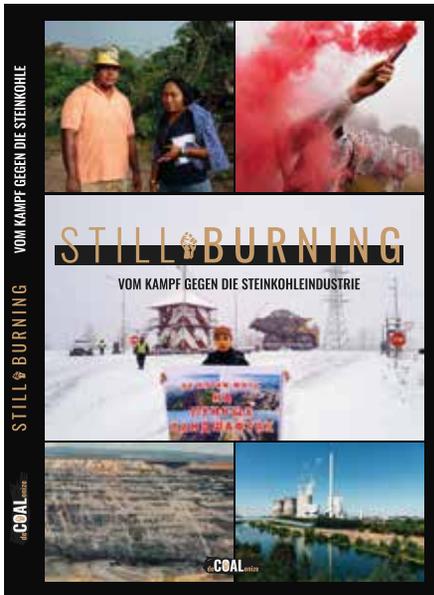
Das Aktionsbündnis Ende Gelände hat schon im vergangenen Sommer Gas-Infrastruktur blockiert. In Wilhelmshafen und weiteren LNG-Häfen organisieren sich Bürgerinitiativen und bundesweit finden Klimaaktive Interesse an einer Auseinandersetzung. Aktivist*innen von Code Rood in den Niederlanden, indigene Aktivist*innen der Wet'suwet'en in Kanada und viele weitere sind schon deutlich länger aktiv.

Claudio Gradtke absolviert einen Bundesfreiwilligendienst bei ROBIN WOOD in Hamburg

In solidarischer Synergie mit den bereits Aktiven wollen auch wir uns bei ROBIN WOOD verstärkt dem Kampf gegen Erdgas widmen. Wir sind dabei, uns intensiv mit anderen Gruppen und Organisationen zu vernetzen, uns in das Thema einzuarbeiten und erste Aktionen zu planen. Auch gibt es dieses Jahr das erste Mal eine Stelle für einen Bundesfreiwilligendienstleistenden zum Thema Gas bei ROBIN WOOD. Wenn ihr Lust habt, zu dem Thema aktiv zu werden meldet euch gerne mit einer E-Mail bei energie@robinwood.de. Gemeinsam können wir die fossile Energie endgültig in die Geschichtsbücher verbannen, um nachhaltig und gerecht auf diesem Planeten leben zu können!

Let's deCOALonize

Steinkohlebroschüre bei ROBIN WOOD erhältlich



Während Braunkohle mit ihren riesigen Löchern und zerstörten Landschaften medial immer mehr Aufmerksamkeit bekommt, spielt Steinkohle in der öffentlichen Wahrnehmung in Deutschland kaum eine Rolle. Seit 2018 werden 100 Prozent der in Deutschland verbrannten Steinkohle importiert.

Das Ende 2018 gegründete Bündnis deCOALonize will mit Aktionen und Informationskampagnen Aufmerksamkeit für die zerstörerischen Folgen der Steinkohle schaffen. Dafür wurde auch eine Broschüre von verschiedenen Klimagerechtigkeitsgruppen und ROBIN WOOD herausgegeben.

Die Broschüre „Still burning – Vom Kampf gegen die Steinkohle“ beschreibt die katastrophalen Bedingungen in den Abbauländern, den Transport und die Nutzung der Steinkohle und liefert Hintergrundinformationen zu Kraftwerksbetreibern, Kohlehäfen und Transportwegen der Kohle. Die Broschüre eignet sich sowohl zum Einstieg in das Thema als auch zur vertiefenden Recherche.

Sie können die Broschüre, A5, 150 Seiten, für 5,00 € zzgl. Versand bei der ROBIN WOOD-Geschäftsstelle, info@robinwood.de, Tel.: 040 380892-0 bestellen.

Ökostromanbieter finden

Keine Lust mehr auf Atom und Kohle? Kaum etwas ist so leicht wie der Wechsel zu Ökostrom, um die Energiewende zu fördern. ROBIN WOOD hat mehr als 1200 Energieanbieter genau unter die Lupe genommen.

Gepüft hat ROBIN WOOD nach folgenden Kriterien: Die Anbieter verkaufen ausschließlich Strom aus erneuerbaren Energiequellen. Sie sind eigentumsrechtlich und in ihrem Strombezug unabhängig von der Kohle- und Atomindustrie und sie fördern die Energiewende zusätzlich durch den Bezug von Strom aus Neuanlagen oder durch feste Investitionsprogramme.

Dies gelingt zehn bundesweit tätigen Anbietern und zwar: Bürgerwerke – Energie in Gemeinschaft, EWS – Elektrizitätswerke Schönau, Green City Power, Greenpeace Energy, Grün.Power, Mann Strom, Naturstrom, Ökostrom Plus, Polarstern und Strom von Föhr.

Sie finden den Ökostromreport 2020 kostenlos unter www.robinwood.de/oekestromreport-2020. Er beinhaltet ausführliche Beschreibungen der empfohlenen Anbieter sowie eine Suchfunktion, mit der Sie die Bewertungen aller untersuchten bundesweiten und regionalen Anbieter abrufen können. Sie finden in der Broschüre auch Hintergrund-Informationen zum Ökostrommarkt und zum Stromanbieterwechsel.

Jetzt wechseln!

ÖKOSTROM-
REPORT
2020

ROBIN WOOD

Vermächtnisse

Vermächtnisse für die Umwelt

Das Thema Erbschaften und Vermächtnisse ist ein sensibler Bereich. Dabei haben Vermächtnisse wenig mit dem Tod sondern sehr viel mit dem Leben zu tun.



Wenn Sie Fragen zum Thema haben, rufen Sie mich gerne an, Angelika Krumm: 03332 511459

Für die Zukunft

Seit jeher gestalten viele Menschen weit vor ihrem Tod ihr Nachleben: In Form ihres Vermächtnisses für ihre Kinder und Kindeskinde, Nachbar*innen, Freund*innen, für die Menschen in ihrer Stadt und für die Menschen, die ihre Vision der Zukunft teilen. Unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten, gehört sicher dazu. Dieses wichtigste Erbe der Menschheit so intakt wie möglich an die nächsten Generationen weiterzureichen, dafür setzt sich ROBIN WOOD ein.

Darüber reden

Vermächtnisse und Testamentsspenden sind ein Ausdruck der Selbstbestimmung sowie ein Manifest und eine klare Antwort auf die Frage: Wofür stehe ich? Welche Spuren will ich hinterlassen? ROBIN WOOD darf Sie nicht juristisch beraten, aber wir haben viel Verständnis für Ihren Willen! Wenn es darum geht, genau die Entscheidung zu treffen, die Ihren Wün-

schen entspricht, wird Sie Ihr Anwalt oder ein Fachanwalt für Erbrecht gerne unterstützen. Und für alle Fragen, die unsere Arbeit zum Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen betreffen, stehen ich Ihnen ganz persönlich zur Verfügung.

Wenn Sie mehr über das Vererben wissen wollen und dabei auch etwas für den Umweltschutz tun möchten, bestellen Sie unverbindlich die Testamentsbroschüre von ROBIN WOOD „Ihr Wille ist wichtig“ bei: ROBIN WOOD e.V., Bremer Straße 3, 21073 Hamburg, Tel.: 040 380892-0.



impresum

Nummer 148/1.21

ROBIN WOOD-Magazin

Zeitschrift für Umweltschutz und Ökologie

Erscheinungsweise vierteljährlich

Redaktion:

Jana Ballenthien, Tim Christensen, Sabine Genz, Angelika Krumm, Annette Littmeier, Dr. Christiane Weitzel (V.i.S.d.P.). Die Redaktion ist für Layout, Satz, Fotos, Anzeigen verantwortlich.

Verlag:

ROBIN WOOD-Magazin
Bundesgeschäftsstelle

Bremer Straße 3, 21073 Hamburg
Tel.: 040 380892-0, Fax: -14
magazin@robinwood.de

Jahresabonnement:

12,- Euro inkl. Versand.
Der Bezug des Magazins ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Förder*innen, die ab 50 Euro jährlich spenden, erhalten ein kostenloses Jahresabo.

Gesamtherstellung:

Nordbayerischer Kurier, Bayreuth
Bogenoffsetdruck, Auflage: 7.500.
Gedruckt mit mineralölfreien Farben auf 100 % Recyclingpapier mit dem Blauen Engel.

Titelbild:

iStock by Getty Images: cienpies
Idee: Annika Lübke, Kommunikationsdesign, Berlin

Spendenkonto:

ROBIN WOOD e.V.
Sozialbank Hannover
IBAN: DE 13 25120510 00084 555 00
BIC: BFS WDE 33 HAN



info@robinwood.de
www.robinwood.de

ROBIN WOOD-Ausstellung „Papier – weniger ist mehr“

Die Ökostation Freiburg beteiligt sich jedes Jahr an der Europäischen Woche der Abfallvermeidung.

Anfang 2020 wurde das Thema Papier und Umwelt gewählt und mit viel Ideenreichtum vom 17. November bis 7. Dezember auch veranstaltet. Die ROBIN WOOD-Ausstellung „Papier – weniger ist mehr“ war ein zentrales Element. Drei Wochen lang konnten Besu-

*Jede*r kann handeln und Wälder schützen*



Foto: Ökostation Freiburg

cher*innen in der Ökostation mehr über dieses Thema lernen: Von der ungerechten Verteilung von Papier und der Ausbeutung der Wälder weltweit bis hin zu umweltfreundlicheren Alternativen war alles Wissenswerte dabei. Besonders erschreckend und einprägsam waren die Bilder der gerodeten Regenwälder in Brasilien, Schweden und anderen Ländern, sowie die massiven Konsumungleichheiten. Es ist nicht gerecht, dass Menschen in Afrika pro Kopf pro Jahr nur acht Kilogramm Papier verbrauchen, während die durchschnittliche Europäer*in weit mehr als 100 Kilogramm Papier verbraucht.

Dass Deutschland an dritter Stelle im weltweiten Verbrauch von Papier steht, rief immer wieder Erstaunen hervor! Deshalb müssen vor allem WIR unseren Konsum zurückschrauben, langlebige Alternativen zu Papier benutzen und unbedingt Recyclingpapier verwenden. Für die Herstellung von Recyclingpapier aus 100 Prozent Altpapier werden weniger als ein Drittel Wasser, weniger Chemikalien und nur halb so viel Energie benötigt. Dafür müssen keine Bäume gefällt und Lebensräume zerstört werden.

Vieles musste in der Ökostation coronabedingt 2020 leider ins Wasser fallen, nicht aber die Papierausstellung. Unter Einhaltung des Hygienekonzepts besuchten insgesamt 127 Besucher*innen die Papierausstellung. In der Europäischen Woche der Abfallvermeidung waren speziell Schulklassen zum Thema Abfall und Papier eingeladen. Sie nutzten die Papierausstellung an den Projekttagen als zusätzliches Bildungsangebot. Einige Besucher*innen machten außerdem mit großer Freude beim Quiz „Papier – Wer weiß Bescheid?“ mit. Die Papierausstellung hat uns insgesamt sehr bereichert. Wir sind froh, dass wir sie trotz Corona umsetzen konnten.

Lara Sutter, Ökostation Freiburg

TIPP

Auch Sie können am Quiz teilnehmen: www.robinwood.de/schwerpunkte/papier-fair-konsumieren
Es warten tolle Preise, die Sie selbst auswählen können.



Papier – weniger ist mehr

Die Ausstellung „Papier – weniger ist mehr“ wird in ganz Deutschland vielseitig präsentiert, ob in Umweltzentren, während Messen oder in öffentlichen Gebäuden. Auch jetzt während der Corona-Pandemie ist es unter Einhaltung der Hygieneregeln möglich, die Ausstellung zu präsentieren. Sie informiert über die Auswirkungen des weltweit stetig wachsenden Papierverbrauchs und zeigt die dunklen Seiten weißen Papiers und Alternativen.

Einige Aussteller*innen bieten im Rahmen der Ausstellung zusätzliche Aktivitäten für Gruppen an und bereichern die Ausstellung mit eigenen kreativen Elementen. Folgende Materialien können für eine Ausstellung gratis ausgeliehen werden: Sechs selbststehende Roll-ups (85 cm

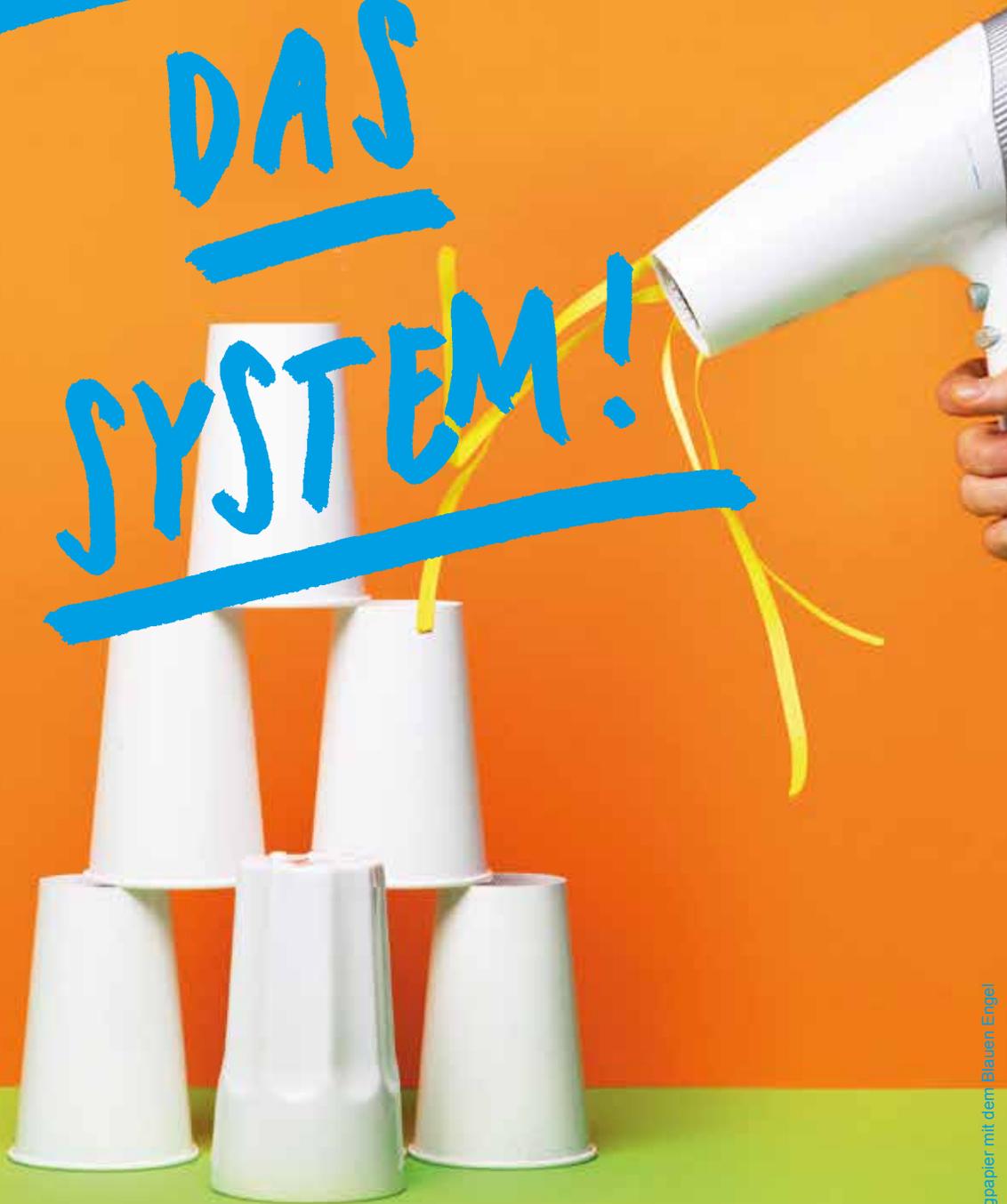
breit und 2,00 Meter hoch) die überall aufgestellt werden können, eine Waage, auf der Besucher*innen der Ausstellung selbst ausprobieren können, wie viel Holz für Papier verbraucht wird und eine Quizbox.

Spezielle Ausstellungsräume sind nicht erforderlich. Die Texte gibt es in französischer Übersetzung. Lediglich die Versandkosten müssen getragen werden. Weitere Informationen bekommen Sie unter folgender Adresse. Hier können Sie die Ausstellung auch (vor-) bestellen.

ROBIN WOOD-Geschäftsstelle, Patricia Ngati
Bremer Straße 3, 21073 Hamburg
Tel.: 040 380 892- 0, E-Mail: patricia.ngati@robinwood.de,
papier@robinwood.de

#jederkenntdiealternative

STÜRZT DAS SYSTEM!



Damit Pappbecher, Verpackungen und Büropapier nicht zu einem unlösbaren Problem für Umwelt & Zivilisation werden, benutzt du sie am besten gar nicht erst. Alternativen kennt jeder: Porzellantassen, Pizza nicht im Karton anliefern lassen und zu Papier mit dem Blauen Engel greifen. So einfach ist das.

Unterstützen Sie ROBIN WOOD www.robinwood.de/spenden
oder rufen Sie uns an 040 380892-0

ROBIN WOOD
Gewaltfreie Aktionsgemeinschaft für Natur und Umwelt e.V.

föp 



MACHE JETZT DEN WALD-FUSSABDRUCK® TEST!

UNSER TÄGLICHES KONSUMVERHALTEN HAT EINEN ENTSCHEIDENEN EINFLUSS AUF UNSERE NATÜRLICHEN WÄLDER. MACHE DEN TEST, UM DEINEN WALD-FUSSABDRUCK ZU BERECHNEN.

<https://wald-fussabdruck.de/quizz/>

STARTE DAS QUIZ

In Zusammenarbeit mit **ROBIN WOOD** **ARA**

ENVOL VERT | ROBIN WOOD | ARA | WALD-FUSSABDRUCK® | KONTAKT | RECHTLICHE HINWEISE



DAMIT MENSCHENRECHTE NICHT DURCH DEN KAKAO GEZOGEN WERDEN, BRAUCHT ES ENDLICH EINEN GESETZLICHEN RAHMEN.

Die etwa 2 Millionen auf Kakaoplantagen ausgebeuteten Kinder zeigen: Ohne ein Lieferkettengesetz nehmen deutsche Unternehmen Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung im Ausland weiter in Kauf.
Jetzt Petition unterschreiben: lieferkettengesetz.de

INITIATIVE LIEFERKETTEN GESETZ.DE



Foto: Channah Peepovicz

Vekehr(t) im Wald!

In Nordhessen fielen 300 Jahre alte Mischwälder einer überholten Verkehrspolitik zum Opfer. Für den Weiterbau der A49 wurde eine Schneise durch den Dannenröder Wald geschlagen. Statt Milliarden für weitere Autobahnen zu verschleudern, fordern wir eine konsequente, ökologische und soziale Verkehrswende. Was wir wirklich brauchen, ist eine Mobilitätswende, die den Umweltverbund, Fuß, Fahrrad, ÖPNV, Schiene nicht nur in den Städten, sondern gerade auch auf dem Land fördert. Schauen Sie dazu bitte auch auf Seite 12 bis 15 dieser Ausgabe.

Ich möchte andere informieren!

Bestellungen gerne auch via
E-Mail: info@robinwood.de
oder Telefon: 040 3808920

Bitte senden Sie mir:

___ Exemplare dieses Magazins

ROBIN WOOD e.V.
Geschäftsstelle
Bremer Str. 3

21073 Hamburg

Name:

Straße:

PLZ, Ort:

Telefon:

E-Mail:

Datum, Unterschrift

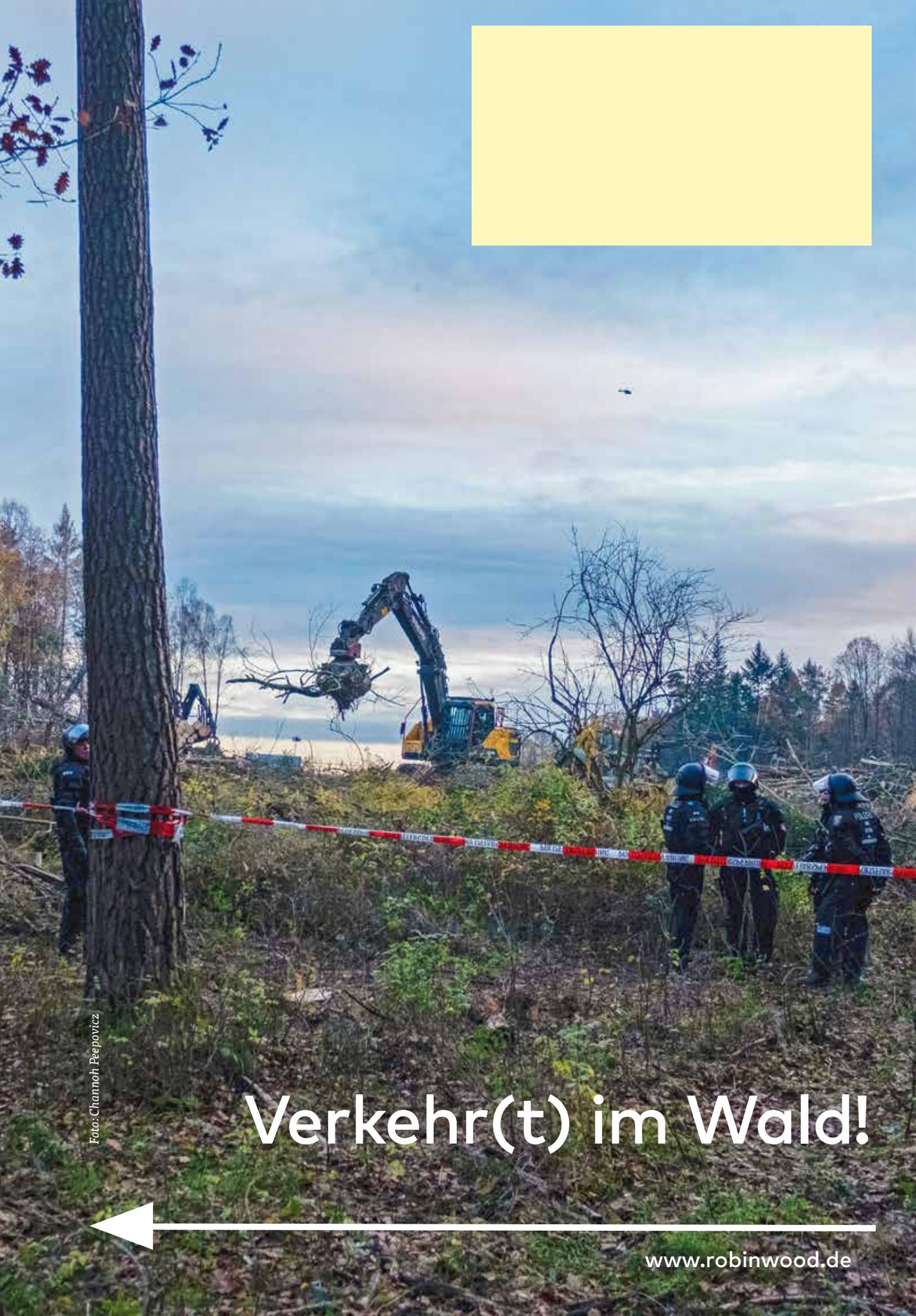


Foto: Channah Peepovitz

Verkehr(t) im Wald!

